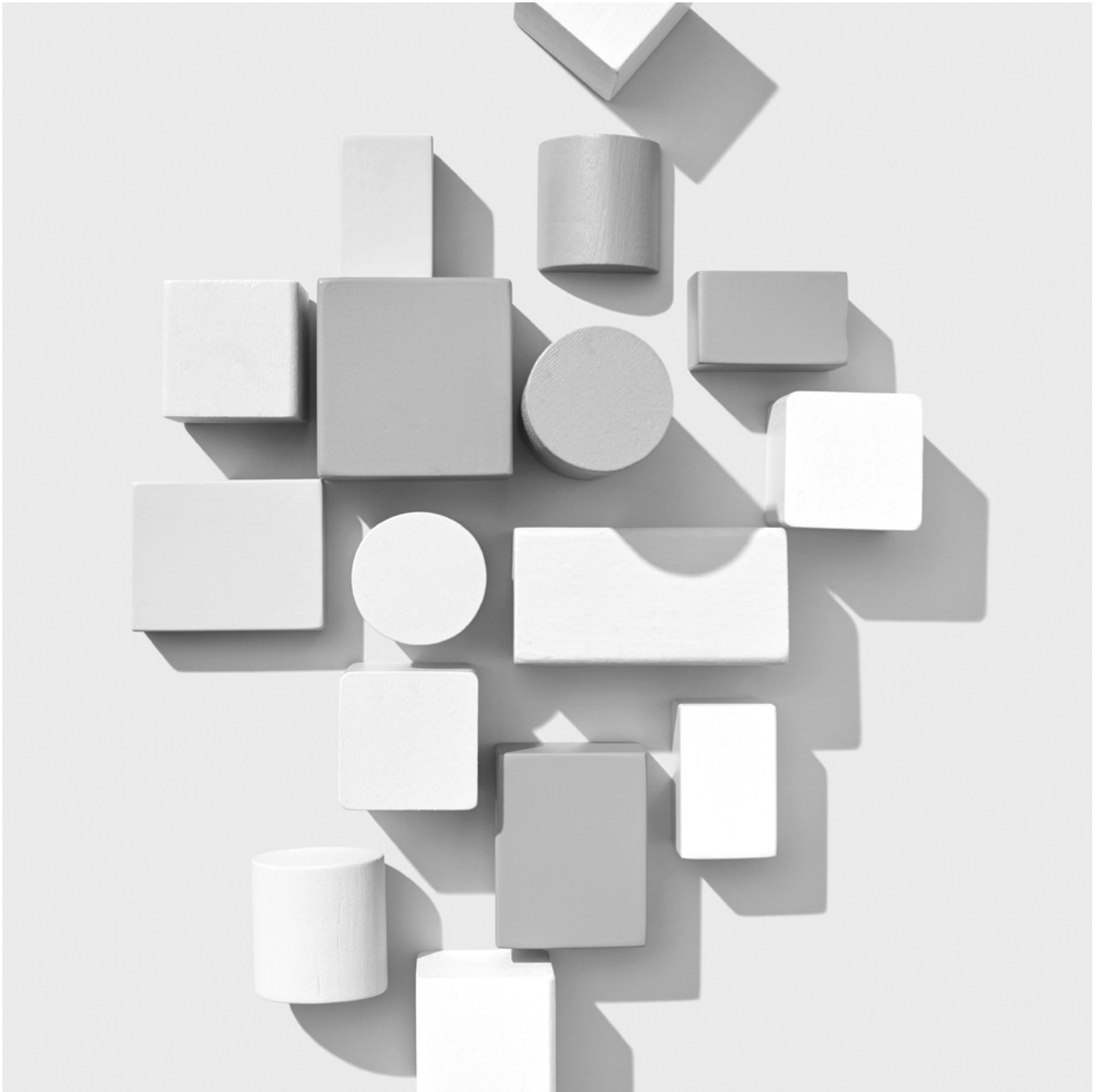


Jahresbericht



2020

2	Universitäten in Geiselhaft: Nicht alles ging gut aus Sabine Seidler	19	FORUMSNOTIZEN: BUDGET, FORSCHUNG
3	Agenda ohne und mit Pandemie: Ein Jahr, gefühlt wie 24 Monate Elisabeth Fiorioli	20	Hochschulraum von morgen: Gestaltung im Schwebezustand Petra Wejwar
4	Universitäre Kraftakte und Partnerschaft auf Augenhöhe Heinz Faßmann	21	FORUMSNOTIZEN: INTERNATIONALES, LEHRE
5	Für Schutz und Verteidigung wissenschaftlicher Freiheit Michael Ignatieff	22	Im Eilverfahren umgestellt: Von der Präsenzlehre zur digitalen Lehre Elisabeth Westphal
6	Ausnahmestand als Dauerlösung: Lockdowns prägen Universitätsbetrieb JAHRESRÜCKBLICK	23	FOKUS NEUES REKTORAT Kunstuniversität Graz Georg Schulz
8	FOKUS CORONAVIRUS GASTKOMMENTARE Wissenschaft Elisabeth Puchhammer-Stöckl, Nikolas Popper, Benjamin Kneihs	24	KAMPAGNE „UNInteressant?“ Ideen, die unser Leben verbessern Martin Mühl
10	FOKUS CORONAVIRUS KOMMENTARE MedUni-Rektoren Wolfgang Fleischhacker, Markus Müller, Hellmut Samonigg	26	Neuregelung der Befristung als tauglicher Kompromiss Michael Lang
12	FOKUS CORONAVIRUS „Wir hätten viel Schaden verhindern können“ INTERVIEW Christiane Druml	27	REKTORATSCHRONIK
14	FOKUS JUBILÄUM Universität Klagenfurt Oliver Vitouch	28	BLICKKONTAKTE
15	FOKUS JUBILÄUM Donau-Universität Krems Friedrich Faulhammer	29	KARIKATUR Magna Mater Pandemia Michael Pammesberger
16	Von der bedächtigen Dynamik und dem halbvollen Glas NOTIZEN zum zweiten Jahrzehnt	30	Die Krise als Chance für die Wissenschaftskommunikation Uwe Steger
18	Digitalisierung: Von der Strategie zur Realität Clemens Unterberger	31	Vom hellen und vom grellen Licht: Mediale Aufreger aus 16 Jahren Manfred Kadi
		32	ORGANE DER UNIVERSITÄTENKONFERENZ
		34	STATISTIK
		35	GENERALSEKRETARIAT

UNIVERSITÄTEN IN GEISELHAFT: NICHT ALLES GING GUT AUS

Erwartungen, Unerwartetes und das neue
Bewusstsein für nachhaltige Lösungen



Sabine Seidler
Präsidentin

Das Jahr 2020 begann voller Erwartungen: endlich wieder eine handlungsfähige Bundesregierung, ein Regierungsprogramm, auf dessen Grundlage wir aufbauen konnten, und ein Termin, auf den wir mit ganzer Kraft hinarbeiteten, der 31.10.2020 – der Tag, bis zu dem gemäß Universitätsgesetz (UG) Finanz- und Wissenschaftsminister das Budget für die Leistungsvereinbarungsperiode 2022–2024 festlegen mussten. Um es gleich vorwegzunehmen, es ist gut ausgefallen.

Grundsätzlich steht ein Konsolidierungsbudget zur Verfügung – was das für die einzelne Universität bedeutet, werden wir während der Leistungsvereinbarungsverhandlungen 2021 sehen. Was sich jedoch aus den bereits vorliegenden Informationen andeutet: Die angestrebte Transparenz im Universitätsbudget wird durch die Universitätsfinanzierung Neu bei Weitem nicht erreicht werden.

Doch zurück zu unseren Erwartungen: Ein wesentlicher Aspekt der Diskussionen der letzten Jahre, auch im Zusammenhang mit der Universitätsfinanzierung Neu, waren die Rahmenbedingungen – die Novellierung des Studienrechts stand dabei im Vordergrund, keine einfache Diskussion, weil unsere unterschiedlichen Rahmenbedingungen insbesondere des Studienzugangs, aber auch verschiedene universitätspolitische Sichtweisen die Diskussion stark beeinflussten. Wie auch immer man zu dem vorliegenden Ergebnis steht – ein wesentliches Ziel, die Deregulierung im Studienrecht, wurde nicht erreicht. Ob das UG besser geworden ist, darüber lässt sich vortrefflich streiten.

2020 war aber auch das Jahr des Unerwarteten. Nicht nur, dass wir seit mehr als einem Jahr Geiseln der COVID-19-Pandemie sind, wurde uns im Herbst verkündet, dass Österreich eine neue Technische Universität erhalten wird. Wie immer bei solchen einschneidenden Maßnahmen gilt es, Chancen und Risiken abzuwägen. Der Chance, etwas inhaltlich und strukturell Neues zu entwickeln, steht das Risiko einer nicht ausreichenden Finanzierung, das Globalbudget und das entsprechende Förderumfeld betreffend, gegenüber. Letzteres scheint jetzt bereits ins Straucheln zu geraten.

Obwohl die Pandemie zeigt, wie wir alle von wissenschaftlicher Expertise profitieren, leistet sich Österreich das Auslaufen der Sonderdotierung der Nationalstiftung für Forschung, Technologie und Entwicklung sowie des Österreich-Fonds und schafft es nicht, den „Fonds Zukunft Österreich“ auf die Beine zu stellen. Das stimmt für die neue Universität nicht gerade optimistisch.

Wann die Universitäten wieder öffnen? Die Universitäten waren nie geschlossen, nur für einen vergleichsweise kurzen Zeitraum die Gebäude. Was uns bleibt? Ein neues Bewusstsein dafür, wie wichtig physischer intellektueller Austausch ist, aber auch nachhaltige Lösungen für Lehren und Prüfen auf Distanz, wo es sinnvoll ist.

AGENDA OHNE UND MIT PANDEMIE: EIN JAHR, GEFÜHLT WIE 24 MONATE

Ein Manifest, eine Kampagne, Appelle – und die
Grenzen der Belastbarkeit



Elisabeth Fiorioli
Generalsekretärin

Über das Jahr 2020 gibt es viel zu sagen, rückblickend könnte man sogar sagen, so viel wie für zwei. Im Jänner war Aufbruch: Nicht nur die neue Website der uniko ging online. Beim Neujahrsempfang skizzierte die neu gewählte Präsidentin, Sabine Seidler, die Erwartungen der Universitäten gegenüber der neuen Bundesregierung, große Projekte wie jenes der Reform des Studienrechts und die Finanzierung der Leistungsvereinbarungen standen auf der Agenda.

Im März veröffentlichte die uniko ein Manifest für Nachhaltigkeit, hinterlegt mit einer Sammlung von Beispielen, wie die Universitäten Nachhaltigkeit im eigenen Bereich umsetzen. Es sind die Universitäten, die jene entscheidenden Erkenntnisse liefern, wie wir in den nächsten Jahrzehnten leben werden. Wie gehen wir mit lebenswichtigen Ressourcen um? Wie arbeiten wir, wie gestalten wir unser Zusammenleben? Wie können wir uns vor Krankheiten schützen? Zu diesen Fragen startete die uniko im Mai mit dem Wissenschaftsfonds FWF die Kampagne „UNInteressant? Ideen, die unser Leben verbessern“.

Zukunftsweisend und experimentell in der Methode war auch die im Sommer durchgeführte Stakeholder-Konsultation zu „Hochschulen von morgen“, die in einer Publikation mündete und zugleich Startpunkt für einen Prozess ist, der sich mit den Anforderungen auseinandersetzt, die künftig an Hochschulen gestellt werden.

Aufruf zur gesellschaftlichen Solidarität

Die uniko hat sich auch 2020 im Bewusstsein für die zentralen Werte, auf denen unser Hochschulsystem steht, für gesellschaftliche Solidarität und die Wahrung demokratischer Grundrechte starkgemacht. Daher der wiederholte Appell an die Bundesregierung zur Aufnahme von Geflüchteten aus Moria, daher das gemeinsame Eintreten mit fünf anderen europäischen Rektorenkonferenzen gegen den dramatischen Abbau der politischen Unabhängigkeit von Kunst, Kultur und Wissenschaft in unserem Nachbarland Ungarn.

Das war das eine Jahr 2020. Und dann war da noch das andere. Das Jahr der Pandemie, das den Betrieb der Universitäten auf den Kopf gestellt und einen unglaublichen Einsatz aller Beteiligten gefordert hat, bis an die Grenzen der Belastbarkeit und darüber hinaus. Jenes Jahr 2020, das nicht vorbeigeht, sondern immer noch vor uns liegt als der unerreichbare Horizont der nächsten zwei alles entscheidenden Wochen, die sich ins Unendliche verlängern.

Wie also von hier aus auf das Kommende schauen? Wir können uns an computergestützten Simulationsmodellen orientieren oder uns einfach Mut zusprechen. Oder die provokante Prognose aus der Feder von Michel Houellebecq an den Schluss stellen: „Wir werden nach der Ausgangssperre nicht in einer neuen Welt erwachen; es wird dieselbe sein, nur ein bisschen schlechter.“

UNIVERSITÄRE KRAFTAKTE UND PARTNERSCHAFT AUF AUGENHÖHE

Pandemie als Schub für Digitalisierung und exzellente Forschung



Heinz Faßmann

Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung

2020 war ein Kraftakt – nicht zuletzt auch für die Universitäten. Innerhalb weniger Tage mussten sie ihren gesamten Lehr- und Prüfungsbetrieb umstellen. Das hat eindrucksvoll funktioniert, was nicht zuletzt die gestiegene Prüfungsaktivität und das Plus an Abschlüssen belegen. Auch die Studierenden haben die Umstellung – trotz aller Schwierigkeiten – großteils positiv wahrgenommen.

Dank dieser gemeinsamen Anstrengung und der guten Zusammenarbeit aller Verantwortlichen im Universitätsbereich ist es gelungen, aus dem vergangenen Jahr trotz Pandemie ein Erfolgsjahr zu machen. Ich führe das auch auf die Partnerschaft auf Augenhöhe zurück, die mein Haus mit allen Hochschulen Österreichs pflegt. Die öffentlichen Universitäten nehmen dabei eine zentrale Rolle ein. Sie bilden nicht nur die Führungskräfte, Entscheidungsträgerinnen und -träger oder Spitzenforscherinnen und -forscher der Zukunft heran, sie schaffen zudem schon heute Innovation durch exzellente Grundlagenforschung. Das hat im vergangenen Jahr die Vielzahl an Corona-Studien gezeigt, an denen österreichische Universitäten beteiligt waren.

Regelmäßiger Austausch mit Universitäten

Mein Ministerium hat diese Aktivitäten nach Kräften unterstützt, sei es mit zusätzlichen finanziellen Mitteln, sei es dadurch, dass rechtliche Rahmenbedingungen angepasst wurden. Auf die zahlreichen COVID-19-Universitätsgesetze und -Verordnungen sei an dieser Stelle hingewiesen. Darüber hinaus hat sich ein regelmäßiger Austausch mit den Universitäten und Hochschulen darüber etabliert, wie der Betrieb in Zukunft bestmöglich organisiert werden kann.

„Never let a good crisis go to waste“, soll der britische Premierminister Winston Churchill einmal gesagt haben. Im Hinblick auf das österreichische Universitäts- und Hochschulsystem ist ihm jedenfalls recht zu geben. Die Corona-Pandemie hat dort einen regelrechten Digitalisierungsschub ausgelöst. Dieser war nur möglich, weil die österreichischen Universitäten seit vielen Jahren ihren Fokus auf die Digitalisierung setzen. Es ist kein Zufall, dass Digitalisierung auch einen Schwerpunkt in den Leistungsvereinbarungen darstellt. Das wird auch in der künftigen Periode der Fall sein.

Bis dahin wird auch die Novellierung des Universitätsgesetzes längst in Kraft getreten sein, mit der das Studien-, Organisations- und auch das Personalrecht der Universitäten modernisiert und angepasst wird. In Verbindung mit der Universitätsfinanzierung Neu bereitet die Novelle nicht zuletzt auch den Boden für die Erreichung der Ziele der FTI-Strategie, indem sie ein zunehmend leistungsorientiertes Umfeld schafft.

Ich gehe jedenfalls davon aus, dass auch das Jahr 2021 eine Erfolgsgeschichte sein wird. Und freue mich auf die weitere Zusammenarbeit.

FÜR SCHUTZ UND VERTEIDIGUNG WISSENSCHAFTLICHER FREIHEIT

In der neuen Heimat: Erfahrungen einer Universität, wenn die Welt kopfsteht

Das Jahr 2020 war geprägt von Krisenmanagement – da lässt sich nichts beschönigen. Wenn ich mit den Erfahrungen der Central European University (CEU) beginnen darf: Ende 2019 dachten wir, unsere schlimmste Krise, ausgelöst durch die existenzielle Bedrohung durch eine illiberale, autokratische Regierung, sei endlich vorbei und wir können das akademische Leben in unserer neuen Heimat Österreich aufnehmen. Abgesehen von der ganz praktischen Herausforderung, eine Universität innerhalb eines Jahres zu übersiedeln, forderte die aus dem Nichts auftretende weltweite Pandemie uns alle heraus.

Welche Erfahrungen nehmen wir bisher mit? Die erste, aus Sicht der CEU nicht überraschend, wichtigste ist der Schutz und die Verteidigung der wissenschaftlichen und künstlerischen Freiheit. Universitäten sind der Ort des akademischen Denkens und des kritischen Diskurses. Sie ermöglichen, frei nach Chantal Mouffe, einen „vibrant clash“ unterschiedlichster Positionen, als Voraussetzung für eine lebendige öffentliche Debatte und damit eine demokratische Gesellschaft.

Was die Pandemie betrifft, lehrte sie uns, dass es nicht nur darum geht, eine Vorlesung per Kamera zu übertragen. Die Umstellung zwang uns zu überlegen, ob wir pädagogische Konzepte ändern sollten und wie wir dabei die beste Qualität für alle unsere Aktivitäten erhalten können. Wir mussten über Konsequenzen für die wissenschaftliche und künstlerische Vielfalt nachdenken, wenn vermehrt onlinekompatible Themenbereiche nachgefragt werden; über Studiengebühren und Stipendien, die an das Onlineangebot angepasst werden müssen; über die notwendige interne Governance für leere Hallen, bei Aufrechterhaltung eines Zugangs für alle; über akademische Karrieren, bei denen der Nachweis internationaler Aufenthalte und die Rückkehr mit Meriten neu definiert wird.

Bestätigt hat sich, dass Universitäten schnell und flexibel auf Krisen reagieren. Die Digitalisierung – haben wir quasi nebenbei erledigt. Universitäten reagieren pragmatisch, wenn die Welt auf den Kopf gestellt wird – wir lehren, wir forschen, nun noch mehr über disziplinäre und institutionelle Grenzen hinweg.

Sicher gibt es auch Verluste zu beklagen. Es könnte sein, dass die geliebten „großen Vorlesungen“ in pulsierenden, überfüllten und dampfenden Hörsälen ein Bild der Vergangenheit sein werden. Es könnte aber auch sein, dass die Zahl der Studierenden vielfältiger wird, weil der Zugang zu Bildung sich weiter öffnen muss. Die Pandemie hat uns jedenfalls gezeigt, dass die „Idee Universität“ stabil ist. Sie ist ein sicherer Ort, um junge Menschen auf Irritationen vorzubereiten, eine sichere Umgebung für Wiederherstellung, Neustart und den Diskurs über all die anderen Perspektiven, die wir – gemeinsam – haben.



Michael Ignatieff

Rektor und Präsident der Central European University

Es könnte sein, dass die Zahl der Studierenden vielfältiger wird, weil der Zugang zu Bildung sich weiter öffnen muss.

AUSNAHMEZUSTAND ALS DAUERLÖSUNG: LOCKDOWNS PRÄGEN UNIVERSITÄTSBETRIEB

Corona als Beschleuniger digitaler Transformation,
Zielflagge für Budget und UG-Novelle

In den ersten zehn Wochen des Jahres 2020 war noch nicht absehbar, dass kurz vor den Iden des März ein anderes Zeitalter anbrechen sollte: der traditionelle Neujahrsempfang der uniko, mit neuer Präsidentin, zwei Präsidiumstermine in der Geschäftsstelle; am 9. März schließlich die erste Plenarsitzung des Jahres an der Universität Salzburg – alles *business as usual*. Niemand ahnte, dass das Plenum in diesem Format nur noch einmal – im Oktober an der MedUni Wien – stattfinden würde.

Ab der Kalenderwoche 11 ging es Schlag auf Schlag: Absage von Veranstaltungen durch die Bundesregierung, inklusive Anweisung von räumlicher Distanzierung von Personen (10. März), Absage der Präsenzlehre an allen Hochschulen (11. März), Beschluss des COVID-19-Gesetzes (15. März). Das Coronavirus, zwei Monate vorher vielfach als asiatischer Problemfall eingestuft, war auf die anderen Kontinente übergeschwappt und krepelte blitzartig den Alltag der Menschheit um.

Umstellung auf virtuelle Lehre

Den „Notbetrieb“ der Republik als Folge der Ausbreitung von COVID-19 bekamen Österreichs Universitäten somit als erste zu spüren. Nach einer Empfehlung des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF) betreffend „systemisch präventiv wirkende Maßnahmen“ wurde mit Stichtag 16. März der Betrieb – vorerst befristet – auf virtuelle Lehre umgestellt.

Das Ersuchen „um größtmögliche Kulanz den Studierenden gegenüber“ griff **uniko-Präsidentin Sabine Seidler** umgehend auf: „Wir müssen überlegen, wie wir das System so am Leben erhalten, dass den Studierenden keine Nachteile erwachsen“, erklärte sie gegenüber der APA. Damals hielt allerdings kaum jemand für möglich, dass Studierenden und Lehrpersonal auch in den kommenden zwölf Monaten die Rückkehr zu Vorlesungen in die Hörsäle weitgehend verwehrt bleiben sollte.

Die Themen, die Anfang März zwischen der uniko-Präsidentin und **Wissenschaftsminister Heinz Faßmann** bei einem gemeinsamen Pressegespräch als vorrangig angesehen wurden, rückten coronabedingt in den Hintergrund, etwa das neue Studienrecht und eine allfällige Rückzahlungspflicht von Budgetmitteln an das BMBWF (Faßmann war mit Jahresbeginn als Mitglied der neu angelobten türkisgrünen Bundesregierung – nach dem Intermezzo von Iris Rauskala – als Ressortchef an den Wiener Minoritenplatz zurückgekehrt).

Seidler hielt anlässlich einer gemeinsamen Pressekonferenz Anfang Mai fest, dass „der digitale Transformationsprozess an allen Universitäten eine Beschleunigung erfahren hat“. Die gewonnene Erfahrung aus siebeneinhalb Wochen im „Coronamodus“ habe allerdings auch bestätigt: „Andere Formen des Lehrens erfordern andere Investitionen. Digitale Lehre ist kein Sparmodell.“ Diese könne, so die Präsidentin, auch kein Dauerzustand sein.

Am 25. Mai gab die uniko den Startschuss zu ihrer Onlinekampagne „UNInteressant? – Ideen, die unser Leben verbessern“: Unter diesem Motto sind seither alle 22 öffentlichen Universitäten gemeinsam mit dem **Wissenschaftsfonds FWF** aufgerufen, „eine leicht verständliche Information über den direkten Nutzen von Universitäten und universitär erzeugtem Wissen für die individuelle Lebenssituation zu präsentieren“, so Präsidentin Seidler. Die ausgesuchten Themen, darunter Gesundheit, Kultur & Sport, Technologie, Umwelt, werden jeweils mit Personen verknüpft, mit dem Ziel, Wissbegierige online zu bedienen.

Ende August, mitten in den Semesterferien, überrumpelte **Bundeskanzler** und ÖVP-Chef **Sebastian Kurz** die gesamte Scientific Community und die Mitglieder seiner Bundesregierung mit der Ankündigung, bis 2024 eine neue Technische Universität in Oberösterreich mit Schwerpunkt Digitalisierung zu errichten, was überwiegend Kopfschütteln hervorrief. Seither tagten Mitglieder der Vorbereitungsgruppe, darunter auch Präsidentin Seidler, und einer wissenschaftlichen Konzeptgruppe. Die Sorge, dass die Finanzierung der neuen TU zulasten der übrigen Universitäten gehen könnte, hat sich zumindest für die neue Budgetperiode ab 2022 nicht bestätigt.

Digitale Lehre ist kein Sparmodell und kann kein Dauerzustand sein.

uniko-Präsidentin **Sabine Seidler**

Tatsächlich erhielten Österreichs Universitäten, nachdem die uniko-Präsidentin ab August mit einem „Budget-Countdown“ die öffentliche Aufmerksamkeit geschürt hatte, Mitte Oktober Klarheit: Da laut Universitätsgesetz das Budget für 2022 bis 2024 mit Ultimo des Monats 2020 zu fixieren war, wurden den Universitäten 12,3 Milliarden Euro zugesagt (in der aktuellen Periode 2019 bis 2021 stehen knapp elf Milliarden Euro zur Verfügung). „Heute sehen Sie uns erleichtert, auch wenn unsere Maximalforderung nicht aufgegangen ist“, erklärte Sabine Seidler am Tag nach der Budgetrede des Finanzministers bei einer Pressekonferenz des uniko-Präsidiums in Wien.

Universitätsfinanzierung Neu in der Warteschleife

Die angekündigte Budgetsumme ermögliche eine „Konsolidierung des Erreichten“. Allerdings: Die in drei Etappen (zu je drei Jahren) geplante Umsetzung der Unifinanzierung Neu geriet damit in eine Warteschleife. Für die Umsetzung der zweiten Etappe ab 2022 war eine Summe von noch einmal 500 Millionen Euro „allein für diesen Zweck in unserer Budgetforderung enthalten“, sagte Seidler. „Ein solcher Ausbau ist mit den 12,3 Milliarden Euro nicht möglich.“

Auf den Anfang November folgenden zweiten Lockdown des Jahres waren Österreichs Universitäten anders als im März gut vorbereitet. Im Rahmen ihrer Autonomie setzten sie auf Basis ihrer Sicherheitskonzepte einen weitgehenden Umstieg der angelaufenen Präsenz- auf Fernlehre um und berücksichtigten damit auch die Empfehlung des BMBWF: „Ausdünnung der Sozialkontakte an den Hochschulen, aber nicht Einstellung des Betriebs.“

Kurz nach dem Jahreswechsel 2020/21 nahm die uniko zum Entwurf für die Änderung des Universitätsgesetzes (UG) 2002 Stellung, in dem eine Reihe von Aspekten, die den Universitäten ein Anliegen waren, aufgegriffen wurden. Das Thema Mindeststudienleistung für alle, die ab 2022 ein Bachelor- oder Diplomstudium beginnen, wurde vom Gesetzgeber in der Folge ziemlich verwässert, oder wie es **uniko-Vizepräsident Oliver Vitouch** formulierte: „16 ECTS-Punkte in zwei Jahren ist die kleinste denkbare Dosis, das ist zu einer homöopathischen Größe geschrumpft.“ Die UG-Novelle soll nach dem Beschluss des Nationalrats und einem Blockademanöver im Bundesrat im zweiten Quartal 2021 kundgemacht werden – jedenfalls rechtzeitig vor einem neuen Lockdown. **mk**



Elisabeth Puchhammer-Stöckl

Univ.-Prof. Dr.ⁱⁿ, Leiterin des Zentrums für Virologie der MedUni Wien, Wissenschaftlerin des Jahres

LEISTUNGEN DER WISSENSCHAFT FÜR DIE ALLGEMEINHEIT SICHTBAR GEMACHT

Für uns alle war das letzte Jahr eine Ausnahmesituation, die verschiedenste Aspekte betroffen hat. Aus virologisch-wissenschaftlicher Sicht war bemerkenswert, mit welcher Geschwindigkeit sich das Wissen über SARS-CoV-2 entwickelt hat und wie rasch die Entwicklung von Impfstoffen und von diagnostischen Methoden erfolgt ist. So haben wir an unserem Institut den ersten PCR-Test etabliert, nur wenige Tage nachdem am 10. Jänner die Gensequenz von SARS-CoV-2 veröffentlicht worden war.

Schon Ende Jänner wurden die ersten aus Wuhan eingereisten Personen damit getestet. Weltweit wurden diverse PCR-Tests, Antikörper- und Antigentests bis hin zu Tests für die Diagnostik der neuen Virusvarianten in höchster Geschwindigkeit entwickelt und etabliert. Besonders bemerkenswert war die unerwartet rasche Entwicklung von Impfstoffen unter Verwendung neuester Technologien. All das war aber nur durch internationale wissenschaftliche Leistungen unter massiver Mitwirkung von Universitäten und ihren spezialisierten Forschungsinstituten möglich; nie hat man die große Bedeutung von

Universitäten und Wissenschaft für die Menschheit eindringlicher und aktueller sehen können als 2020.

Auch der Wissenstransfer und Austausch von Studiendaten betreffend SARS-CoV-2 lief extrem rasch ab, wie auch die Veröffentlichung dieser Daten. Das war sehr hilfreich und hat rasch viele Informationen allen zugänglich gemacht. Aber für uns Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler hat das eine neue Herausforderung gebracht: die Bewertung von Daten, die noch ungesichert sind, aber bereits der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen und dort intensiv kommentiert werden.

Von der Wissenschaft wurde erwartet, aus einer nie dagewesenen Menge an wissenschaftlichen Arbeiten, die zu einem großen Teil noch nicht begutachtet waren oder überhaupt nur über Medien kommuniziert wurden, in kurzer Zeit eindeutige und gesicherte Erkenntnisse zu generieren. Hier wurde auch für die Allgemeinheit sichtbar, welche großen Leistungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler erbringen, um zuverlässiges Wissen zu schaffen, das der Realität standhält.

EINE VERANTWORTUNG, AUS FURCHTBAREN ZEITEN FRUCHTBARE ZU MACHEN

Von der aktuellen Pandemie sind wir alle betroffen. Menschen, die schwer erkranken oder sterben einerseits, aber auch alle, die durch Maßnahmen eingeschränkt werden und ihr normales Leben nicht so führen können wie gewohnt. Viele Menschen sind in ihrer beruflichen Existenz bedroht, am Rand der psychischen Belastbarkeit oder darüber hinaus. Eine besonders betroffene Gruppe sind junge Menschen. Bei ihnen betrifft es nicht das „Gewohnte“. Sie können viele neue Erfahrungen nur eingeschränkt oder gar nicht machen.

Dazu gehören natürlich Kinder, aber auch Studierende, die sich ihr Leben vor einem Jahr ganz anders vorgestellt haben.

Bei allen Schwierigkeiten hätte wohl niemand gedacht, dass bereits nach einem Jahr eine Impfung für die breite Bevölkerung zur Verfügung stehen würde. In meiner Forschungsgruppe erleben wir den Luxus, dass wir mit den spannendsten und besten Forscherinnen und Forschern Österreichs zusammenarbeiten dürfen. Das liegt daran, dass in unsere Modelle

sehr viele unterschiedliche Daten einfließen. Von neuesten Sequenzierungen von Andreas Bergthaler über Daten aus dem DINÖ-Netzwerk des Zentrums für Virologie von Monika Redlberger-Fritz, die österreichweit COVID beobachten, oder Mobilitätsdaten, an denen die Forschungsgruppe von Allan Hanbury forscht. Und es gibt natürlich viel internationalen Austausch zu Modellqualität und Daten.

Ist es also eine furchtbare Zeit? Wahrscheinlich. Aber wir können uns die Zeiten nicht aussuchen. Das war schon immer

so und es wird auch so bleiben. Wir haben die Möglichkeit, uns auszusuchen, ob wir kooperieren, gemeinsam forschen und versuchen die Situation zu einem Besseren zu wenden. Eigentlich ist es aber keine Möglichkeit, sondern eine Verantwortung.

„Gemeinsam“ heißt dabei das Zauberwort und alles, was wir beitragen können, ist ein wichtiger Schritt, um aus furchtbaren Zeiten, hoffentlich zumindest wissenschaftlich, fruchtbare Zeiten zu machen.

ZU GROSSZÜGIG ODER ZU STRENG: PANDEMIE PROVOZIERT VERFASSUNGSRECHT

Die Gratwanderung zwischen Schutz und Einschränkung der Grundrechte in der Pandemie ist Österreich mehr schlecht als recht gelungen. War man im Frühjahr 2020 noch überrumpelt und musste sich mit im Kern über hundert Jahre alten Rechtsgrundlagen behelfen, so hätte man bis zur zweiten Welle im Herbst Gesetze und Verordnungen erlassen können, die grundlegende rechtsstaatliche und grundrechtliche Standards erfüllen.

In der ersten Phase der Pandemiebekämpfung wurden manche Maßnahmen wie der Distanzunterricht an Universitäten ohne solide Rechtsgrundlagen „improvisiert“, was zwar nicht der Verfassung entspricht, aber verständlich ist. In der zweiten Phase aber wurden die Grundrechte der Menschen einerseits unverhältnismäßig und vor allem ungleichmäßig beschränkt, ohne dass dadurch andererseits der notwendige Schutz der Bevölkerung erzielt worden wäre. Die Ungleichgewichte belasten die Maßnahmen nach allen Seiten mit Verfassungswidrigkeit, weil zu großzügige Regelungen strenge Maßnahmen konterkarieren und zu strenge Maßnahmen provozieren.

So hat man etwa bewusst auf die Regelung des privaten Wohnbereichs verzichtet und dadurch Ausgangsbeschränkungen erforderlich gemacht; Veranstaltungen wurden rigoros verboten, während religiöse Zusammenkünfte gleich ganz ausgenommen wurden; und während alles andere geschlossen war, wurden Schilifte geöffnet. Besuchsbeschränkungen in Alten- und Pflegeheimen wiederum sind so lange unverhältnismäßig, wie gleichzeitig sogenannte schwach positive Corona-Infizierte dort arbeiten dürfen.

Einige der seit Beginn der Pandemie getroffenen Maßnahmen sind schon der Aufhebung durch den Verfassungsgerichtshof (VfGH) verfallen, der die Fehler allerdings immer nur aus dem jeweiligen Verfahren heraus punktuell aufgreifen kann. Immerhin zeigt sich aber, dass die rechtsstaatliche Kontrolle auch in der Krise funktioniert.

*) Kneihls hat mit Kollegen die österreichischen Corona-Maßnahmen zwischen März und Dezember 2020 in zwei Studien unions- und verfassungsrechtlich geprüft.



Benjamin Kneihls^{*)}

Univ.-Prof. Dr., Fachbereich für Öffentliches Recht, Völker- und Europarecht der Universität Salzburg



Nikolas Popper

Projektass. DI Dr., Simulationsforscher, Technische Universität Wien



Wolfgang Fleischhacker
Rektor der Medizinischen
Universität Innsbruck

DISKURS IM ÖFFENTLICHEN RAUM ALS MINENFELD

Noch nie war die gesellschaftliche Verantwortung der österreichischen Universitäten so klar gefordert wie im vergangenen Jahr. Noch nie waren Forscherinnen und Forscher unterschiedlicher Disziplinen medial so nachgefragt. Noch nie spielten Universitätsangehörige eine so wichtige Rolle in politischen Entscheidungsprozessen. Man dürfte also annehmen, dass dies so gut sei. Allerdings beinhaltet diese erfreuliche Entwicklung auch Herausforderungen.

Zuallererst ist hier die Erwartungshaltung, und zwar sowohl die der Allgemeinbevölkerung als auch die der Politik, zu nennen. Beide erwarten von Expertinnen und Experten klare Aussagen. Ein Minenfeld ist der Diskurs im öffentlichen Raum, in dem sich seriöse Forscherinnen und Forscher nicht selten mit pseudowissenschaftlichen Argumenten auseinandersetzen müssen. Hier sei mir eine kleine Randnotiz erlaubt. Vielleicht wäre es hilfreich, manchmal kurz

innezuhalten und allfällige Konsequenzen von Interviews kritisch zu reflektieren.

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind damit vertraut, dass sich Fakten nach einer Studie in einem gänzlich neuen Licht darstellen können, Laien erwarten sich belastbare Befunde und tun sich vor allem mit *mixed messages* schwer. Aus diesem Bereich erwächst meiner Meinung nach auch ein Gutteil des Unverständnisses, ja, der Ablehnung gegenüber dem politischen Umgang mit der Pandemie. Stückwerkregelungen, die uns alle betreffen und mit schlecht belegbaren positiven Zukunfts-

aussichten versüßt werden, sind schwer verdaulich und führen zu Verunsicherung und Misstrauen.

Trotz all dieser *Caveats* bin ich überzeugt, dass die österreichischen Universitäten diese Herausforderungen bis dato gut gemeistert haben und somit dem Anspruch einer *Third Mission* auch gerecht werden konnten. „Einfach zum Nachdenken“ hieß eine seinerzeit beliebte Radiosendung, und das wäre auch der Wunsch, mit dem ich diese Zeilen verknüpft wissen möchte.

POSITIVE SIGNALE UND EINE ERNÜCHTERNDE LEKTION

In den ersten zwölf Monaten der Pandemie zeigte sich eindrucksvoll die Leistungsfähigkeit der modernen Wissenschaften, vor allem in der Impfstoffentwicklung, Labordiagnostik und Infektiologie. Neben diesen positiven Signalen waren die letzten Monate 2020 auch eine ernüchternde Lektion zu „nationaler Resilienz“, „Fake News“ und „Pseudowissenschaft“.

Am 23. Februar kam es auf Initiative der MedUni Wien zu einer ersten Sitzung eines

neu eingerichteten Wiener Krisenstabs und zur Alarmierung des Gesundheitsministeriums, was u. a. die Testung von stationären Patienten mit Pneumonie, Heim-Quarantäne und Heimversorgung zur Folge hatte. Mangels Obersten Sanitätsrats und einer Generaldirektion für öffentliche Gesundheit war von der MedUni Wien eine „Task Force des Gesundheitsministeriums“ etabliert worden, die am 12. März den Vorschlag einer Strategieumstellung unterbreitete.

Am 16. März kam es daher in Österreich zu gesetzlich verpflichtenden Maßnahmen des „social distancing“ („Lockdown I“). Diese Maßnahmen verringerten die Infektionsrate und führten dazu, dass Österreich am 14. April als eines der weltweit ersten Länder Maßnahmen lockern konnte.

Ein multi-institutionelles Prognosekonsortium, darunter MedUni Wien und TU Wien, war fortan mit der Prognoseerstellung zur COVID-19-Situation betraut. Kurz nach Ende des Lockdowns begannen intensive öffentliche Debatten zum Profil der gesetzten Maßnahmen – auch mit unverantwortlichen Positio-

nen von „Corona-Leugnung“. Am 22. Oktober wurde auf eine drohende Überlastung von Intensivstationen hingewiesen. Als sich Österreich bei der Zahl der Neuinzidenzen an der weltweiten Spitze befand, kam es zum zweiten Maßnahmenpaket („Lockdown II“).

Die Entwicklung mehrerer Kandidatenimpfstoffe erfolgte im Rahmen des schnellsten Arzneimittelprogramms der Geschichte. Am 19. November stellte EU-Präsidentin Ursula von der Leyen eine Zulassung mehrerer COVID-19-Impfstoffe noch im Jahr 2020 in Aussicht – was uns seit dem Jahreswechsel in Atem hält.



Markus Müller
Rektor der Medizinischen
Universität Wien



Hellmut Samonigg
Rektor der Medizinischen
Universität Graz

WETTTLAUF GEGEN DIE ZEIT: IMPFSTOFF, ZULASSUNG UND VERTRAUENSFRAGEN

Der Wunsch breiter Bevölkerungsschichten, rasch die COVID-19-Schutzimpfung zu erhalten, ist deutlich spürbar. Es scheint sich zunehmend die Erkenntnis durchzusetzen, dass nur durch die möglichst flächendeckende Impfung aller Bevölkerungsschichten die Pandemie erfolgreich bekämpft und besiegt werden kann. Je positiver sich die Impfbereitschaft entwickelt, umso größer wird das Unverständnis für das nur langsam fortschreitende Angebot, eine Schutz-

impfung zu erhalten. Maßgebliche Gründe hierfür liegen viele Monate zurück.

Die EU-Länder haben im Sommer 2020 entschieden, den Erwerb der Impfstoffe der EU-Kommission zu übertragen. Die vorgeschriebene Auswahl verschiedener Impfstoffhersteller erfolgte zumindest anfangs, ohne wissen zu können, welche schlussendlich in der Entwicklung Erfolg haben würden. Letzteres war auch die zentrale

Argumentation der EU-Kommission für die Bestellung bei mehreren Herstellern.

Führende Politikerinnen und Politiker argumentieren (grundsätzlich richtig) mit einem Wettlauf gegen die Zeit: Je früher und umfassender geimpft werden kann, desto eher kann weiterer gesundheitlicher und wirtschaftlicher Schaden abgewendet werden. Sie fordern daher eine „effiziente und unbürokratische Zulassung“ von weiteren Impfstoffen, in der Annahme, dass es sich bei einem derartigen Prozess um einen simplen bürokratischen Akt handeln würde. Dem ist definitiv nicht so!

Die von der Pharmaindustrie der Europäischen Arzneimittel-Agentur vorgelegten Studiendaten müssen hierfür von unabhängigen Expertinnen und Experten minutiös geprüft und hinsichtlich Risiken und Nutzen äußerst kritisch bewertet werden.

Allfällige Fehlentscheidungen der Zulassungsbehörde aufgrund eines unangebrachten politischen Drucks bergen die große Gefahr in sich, dass das (langsam) wachsende Vertrauen der Bevölkerung in die Sicherheit und Wirksamkeit von COVID-19-Schutzimpfungen schlagartig zunichtegemacht wird.

„WIR HÄTTEN VIEL SCHADEN VERHINDERN KÖNNEN“

Bioethikkommission: Vorsitzende Christiane Druml über Stiefkinder der Politik, Versäumnisse in der Pandemie und die Kakophonie der Meinungen



Christiane Druml

Vorsitzende der Bioethikkommission

Die Bioethikkommission hat 2020 sechs Stellungnahmen bzw. Empfehlungen abgegeben – eine Rekordzahl in den vergangenen fünf Jahren. Inwieweit standen die 25 Mitglieder der Kommission im Zuge der COVID-19-Pandemie unter Druck, rasch Ergebnisse zu liefern?

Christiane Druml: Nicht im Geringsten. Wir sind ja eher die Stiefkinder der Politik, als dass wir hier unter Druck stehen. Die erste Stellungnahme im März „zum Umgang mit knappen Ressourcen in der Gesundheitsversorgung“ – Stichwort Triage – war uns ein Anliegen unter dem Eindruck der Bilder aus der Lombardei, der Intensivmedizin einen Rückhalt zu geben. Sie ist eine Weiterführung unserer Stellungnahme zum Lebensende. Es haben alle Mitglieder trotz Einbindung nur via Mail aktiv mitgemacht. Auch bei den weiteren Stellungnahmen ab Mai konnten alle einander nur via Videokonferenzen sehen. Es ist erstaunlich, dass wir es schafften, trotz der wenig spontanen Gesprächssituation so viele Stellungnahmen zu verfassen.

Wie weit war man denn in Österreich im Lauf des Vorjahres von der Triage, sprich dem „Aussortieren“ von behandlungsbedürftigen Patienten, entfernt?

Druml: Österreich hat nach Deutschland die größte Anzahl von Intensivbetten. Das Problem ist aber nicht die Bettenanzahl, sondern ein Mangel an Personal. Wir waren nicht so nahe dran wie andere Länder, die viele COVID-Fälle gleichzeitig hatten. Aber der Eindruck in Öffentlichkeit und Politik, die Intensivbetten warten auf die Patienten, haben ein „Mascherl“ und stehen leer bis zur Belegung, das ist ein Irrtum.

Im November hat die Kommission eine allgemeine Impfpflicht gegen COVID-19 nicht be-

fürwortet, solange keine absolute Notstandssituation eintritt, und stattdessen für klare Empfehlungen der Regierung für die Impfung plädiert. Wie gut sehen Sie Ihren Appell nach Information, Transparenz und Motivation im Zuge der Impfkampagne verwirklicht?

Druml: Es hat schon eine Meinungsumkehr gegeben, denn bis November hat der Gedanke an die Sensibilitäten der Impfgegner die Diskussion bestimmt. Als man gesehen hat, dass die Impfstoffe rascher als erwartet in einer wissenschaftlich unglaublichen Vielfalt entwickelt werden, ist eine Situation der Vorfriede entstanden, der Pandemie zu entweichen – hin zur Normalität. Seither gibt es sehr gute Information für alle über den Nutzen von Impfstoffen und auch einen Willen, sich impfen zu lassen, aber einen Mangel an Impfstoffen.

Die Teilnehmer der jüngsten Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen scheinen für die gute Information nicht empfänglich zu sein.

Druml: Bei denen können wir – so wie bei den Gegnern der Pockenimpfung im 18. Jahrhundert – auch mit transparenter Information nicht viel ausrichten.

Zwölf Monate nach dem ersten Lockdown halten wir bei knapp 500.000 Infektionsfällen und einem Anstieg der Kurve in Richtung 9.000 Todesfälle, die dem Coronavirus zugeordnet werden. Wie fällt Ihr Resümee aus, was die Bewältigung der Seuche in Österreich im internationalen Vergleich betrifft?

Druml: Man sieht, dass eine Vorbereitung in seuchenlosen Zeiten gut gewesen wäre, damit man in einer Pandemie nicht alles neu erfinden muss, und sich Standards empfehlen, die wir als Gesellschaft völlig vergessen haben. Schon Maria Theresia und Joseph II.

hatten wirksame Maßnahmen getroffen, und wir hatten später im 19. Jahrhundert sechs große Cholera-Epidemien in Wien, da war das Leben und die Gesellschaft regelmäßig bedrängt. Sehr gut, wie wir die Pandemie am Anfang in den Griff bekommen haben, wo die Inzidenz ein vergleichbar niedriges Niveau gegenüber den Zahlen hatte, mit denen wir jetzt nicht fertigwerden. Manch sinnvolle Dinge sind leider versäumt worden.

Zum Beispiel?

Druml: Wir nehmen eine Vielfalt von Experten wahr, die sich leider nicht als solche herausgestellt haben. Da tritt eine Kakophonie von Meinungen gleichzeitig auf. Es wäre daher im Sinne der Einheitlichkeit und österreichweiten Maßnahmen gut gewesen, wenn wir den 1870 eingerichteten Obersten Sanitätsrat noch gehabt hätten. Seine letzte Sitzung war im November 2019, das Gremium wurde Anfang 2020 nicht mehr weiterbestellt. *(Der Oberste Sanitätsrat wurde am 19.3.2021 neu konstituiert, Anm.)*

Mittlerweile mehrten sich die Stimmen, die meinen, ein weiterer Lockdown ist der Bevölkerung nicht mehr zumutbar. Wir alle werden mit dem Virus und seinen Varianten leben müssen. Teilen Sie diese Haltung?

Druml: Ungern. Wir hätten viel Schaden verhindern können, wenn man von Anfang an das Maskentragen oder Abstandhalten konsequenter betrieben hätte. Mithilfe eines Obersten Sanitätsrates hätte man ebenso eine nachhaltige Wissenschaftsberatung finden können. Aber dieser Zug ist abgefahren: Wir werden wahrscheinlich durch die wachsende Corona-„Fatigue“ keine Akzeptanz der Bevölkerung zu den Maßnahmen bekommen.

Mittlerweile gibt es Stimmen aus der Wissenschaft, die meinen: Man kann nicht 97 Prozent der Bevölkerung in Geiselschaft nehmen, um drei Prozent zu schützen.

Druml: Das ist eine sehr plakative Aussage, die sich gut im Fernsehen macht, die aber nicht stimmt. Es geht ja nicht um drei Prozent – die „Alten“ sind schon ab sechzig gefährdet, aber auch junge Menschen erkranken schwer. Wir haben keine Garantie, auch wenn wir noch so gesund sind, nicht an gravierenden Folgen zu leiden.

2020 wurden die Leistungen von Wissenschaft und Forschung ins Rampenlicht der Öffentlichkeit katapultiert. Gleichzeitig wird der Wissenschaft vorgehalten, dass sie sich an politischen und moralischen Vorgaben orientiert oder mit Empfehlungen selbst Politik betreibt. Wie sieht man das in der Kommission?

Druml: Die Mitglieder sehen, dass die Politikberatung durch Wissenschaftler gut funktioniert, sonst würde auch niemand ehrenamtlich so viel Zeit investieren. Es geht nicht darum, für sich selbst etwas in Anspruch zu nehmen, man muss Inhalte für die Politik so vorbereiten, dass sie damit etwas anfangen kann und Gesetze sinnvoll begründet sind.

Sie waren bis vor wenigen Jahren Vizerektorin an der Medizinischen Universität Wien. Wie haben die Universitäten aus Ihrer Sicht die ersten beiden Corona-Semester bewältigt?

Druml: Wenn ich als für die Klinik zuständige Vizerektorin zurückschaue – da wäre ich in der Pandemie ziemlich drangekommen! Aber das Hauptproblem jetzt ist der als unbefriedigend empfundene distanzierte Unterricht. Das ist ein großes Problem für die Universitäten und die Studierenden. Man denke nur an all die Jungen, die die interessanteste Zeit ihres Lebens vor sich haben. Und dann sind sie zurückgeworfen auf ihr eigenes Studierzimmer – mit einem Computer, wo sie nichts erleben, was sie sich als Lernende gewünscht haben. Man kann nur hoffen, dass diese Zeit bald vorübergeht.

Das Interview führte Manfred Kadi am 10.3.21.

ZUR PERSON

Dr. Christiane Druml (Jahrgang 1955), Leiterin der **Bioethikkommission** beim Bundeskanzleramt seit 2007, studierte Rechtswissenschaften an der **Universität Wien**, war nach ihrer Promotion 1978 als Universitätsassistentin am Institut für Staats- und Verwaltungsrecht tätig; 1992 Geschäftsführung der Ethikkommission an der damaligen Medizinischen Fakultät der Universität Wien, der heutigen **Medizinischen Universität Wien**; seit 2015 Direktorin des Josephinums – Ethik, Sammlungen und Geschichte der Medizin der MedUni Wien; seit 2016 Inhaberin des UNESCO-Lehrstuhls für Bioethik an der MedUni Wien; Druml war Vizerektorin für klinische Angelegenheiten der MedUni Wien (2011–2015) und bis 2019 Mitglied des Obersten Sanitätsrates der Republik Österreich.

WEIT ÄLTER UND ZUGLEICH WEIT JÜNGER, ALS ES SCHEINT

Vom Erwachsenwerden nach zweimaliger Umgründung: 50 Jahre Universität Klagenfurt



Oliver Vitouch
Rektor der Universität Klagenfurt

Die Universität Klagenfurt hat eine kurze Vergangenheit, aber eine lange Geschichte. Ihre Anfänge liegen im protestantischen *collegium sapientiae et pietatis*, gegründet 1552, dem die Chronisten universitäres Niveau attestierten. Rektor wurde 1593 der Stuttgarter Polyhistor Hieronymus Megiser, zuvor in Tübingen, Ljubljana, Padua und Graz tätig. Die Gegenreformation stoppte diesen frühen Vorläufer. Die virtuelle Geschichte, das „Was wäre, wenn?“ der zweitältesten Universität Österreichs in Kärnten, 33 Jahre vor Graz, ist dennoch didaktisch wertvoll: Klagenfurt wäre eine *ancient university*, im selben Säkulum gegründet wie die Universitäten Königsberg, Jena, Genf, Leiden oder Edinburgh. Die ganze Region hätte eine andere Entwicklung genommen.

Den zeitgenössischen Grundstein legte das „Bundesgesetz vom 21. Jänner 1970 über die Gründung der Hochschule für Bildungswissenschaften in Klagenfurt“. Die Hochschule wurde zweimal umgegründet, gleich 1975 zur „Universität für Bildungswissenschaften“, dann 1993 zur „Universität Klagenfurt“. Der Festakt des 21. Jänner 2020, sieben Wochen BC (before COVID), war also offiziell dem 50-Jahr-Jubiläum gewidmet. Zugleich gab es aber auch ein 468., 45. und 27. Jubiläum zu begehen – die Universität Klagenfurt ist zugleich weit älter und weit jünger, als es scheint. Und der Humanismus des Renaissance-Collegiums wirkt als Mission fort.

Der Festakt spannte sich von der gemeinsam mit der ÖAW veranstalteten Vortragsreihe „Utopia! Ist die Welt aus den Fugen? Beiträge zur Kunst der Aufklärung“ bis zur Eröffnung des Christian-Doppler-Labors ATHENA, gemeinsam mit dem Spin-off *Bitmovin*.

Hierin bildet sich auch das fakultäre Spektrum ab: Kultur- und Sozialwissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Technische Wissenschaften – mit Fokus auf das Informationszeitalter – und Interdisziplinäre Forschung. Jüngster Spross ist das Digital Age Research Center (D!ARC), das nicht allein den technologischen, sondern auch den ökonomischen, rechtlichen, gesellschaftlichen, individuellen und kulturellen Aspekten

der digitalen Revolution gewidmet ist: ein genuin interdisziplinäres Unterfangen, bei dem der Mensch im Mittelpunkt steht.

Die Universität Klagenfurt hat sich im 21. Jahrhundert gehörig gemausert, sie ist erwachsen geworden. Davon zeugen nun auch die großen globalen Rankings: Die Times Higher Education (THE) World University Rankings, die das Fächerspektrum berücksichtigen, führen Klagenfurt in Platzgruppe 301–350, die THE Young University Rankings auf Platz 52 weltweit. In den Fächerrankings gibt es im nationalen Vergleich Silber- und Bronze-medailen. Klagenfurt ist keine *ancient university*, aber wir haben viel vor – auch in den nächsten 50 Jahren.

EINE NÄHRENDE PARTNERIN UND ERKENNTNISSICHERNDE INSTANZ

Pionierin wissenschaftlicher Weiterbildung: 25 Jahre Donau-Universität Krems

Die Entscheidung vor rund 25 Jahren zur Einrichtung einer öffentlichen Universität für Weiterbildung zeigt, dass die Relevanz von Weiterbildung in der Republik Österreich schon früh erkannt wurde. Als Vorreiterin der wissenschaftlichen Weiterbildung nimmt die Donau-Universität Krems seitdem eine führende Position in der Etablierung und Stärkung derselben ein.

Vor dem Hintergrund der komplexen Herausforderungen der heutigen Zeit und mit Blick auf das beispielsweise im österreichischen Regierungsprogramm festgelegte Vorhaben für eine neue Strategie für lebensbegleitendes Lernen ist es wichtig, sich den Bedeutungsraum von Weiterbildung mit Weitblick zu vergegenwärtigen.

Im Zuge der offenkundig noch ungewissen Auswirkungen von Digitalisierungs- und Automatisierungsprozessen steht die Gesellschaft bekanntermaßen vor großen Umbrüchen. Gerade in diesem Kontext sind und bleiben die Universitäten durch die Einheit von Forschung und Lehre die Quelle von Evidenz sowie insbesondere selbstbestimmtem (und nicht KI-bestimmtem) Handeln von Individuen und Gesellschaften. Inmitten des globalen, multidimensionalen, ökonomisierten, privatisierten Bildungsangebotes wird die Verantwortung von Universitäten als fortschritt- und erkenntnissichernde Instanz für (Weiter-) Bildung zukünftig in noch größerem Ausmaß ein zentraler Ankerpunkt sein.

Das aktuell vorherrschende Verständnis zur Höherqualifizierung der Individuen und die wesentlichen Eckpfeiler des aktuellen Bildungssystems der Gesellschaft sind dabei nicht kompatibel mit den genannten Herausforderungen: Konkret greift die weitverbreitete Festlegung auf einen Bildungsabschluss als wesentlichste Komponente zur beruflichen Qualifizierung zu kurz und mutet nahezu anachronistisch an in Anbetracht der dynamischen Rahmenbedingungen.

Von der Alma Mater zur Alma Socia

Was das Gesamtsystem Bildung anbelangt, werden wir also zukünftig mehr Zeit in Weiterbildung investieren als in das Erststudium. Um die gesellschaftliche Relevanz von Universitäten, Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit von Individuen sicherzustellen, werden sich Universitäten deshalb langfristig von der Alma Mater, der nährenden Mutter, zur Alma Socia, der nährenden Partnerin, entwickeln müssen.

Wissenschaftlicher Weiterbildung wird dabei eine wesentliche Rolle zuteil. Die Universität für Weiterbildung Krems wird deshalb auch weiterhin ihre führende Rolle wahrnehmen und die Zukunft der wissenschaftlichen Weiterbildung prägend mitgestalten.



Friedrich Faulhammer
Rektor der Universität für Weiterbildung Krems

VON DER BEDÄCHTIGEN DYNAMIK UND DEM HALBVOLLEN GLAS

Ewiges Ringen ums Budget und um ein Langzeitprojekt namens Studienplatzfinanzierung als Konstanten heimischer Universitätspolitik

Vorweg drei Schlagzeilen aus den Aufmachern inländischer Tageszeitungen: *Untätige Politik: In der Wirtschaft wächst der Frust* (SALZBURGER NACHRICHTEN, 18. Mai), *Britischer Premier schwer in Bedrängnis* (DIE PRESSE, 21. Juli), *Grasser: Jetzt wird's eng* (KURIER, 13. November). Wer meint, derartiges 2020, im Corona-Jahr eins, gelesen zu haben, unterliegt einem Irrtum: Sämtliche zitierten Titel stammen aus 2011, dem ersten Jahr der zweiten Dekade des 21. Jahrhunderts.

Wenn sich schon die Geschichte nicht wiederholt, oder höchstens als Farce, die medialen Geschichten drehen sich verlässlich im Kreis, mit der ewigen Wiederkehr der gleichen Themen, meistens mit anderen Akteuren. Auch der STANDARD-Aufmacher vom 28. April 2011 *Im Budgetplan fehlen 450 Millionen Euro für Forschung* hätte im abgelaufenen Jahrzehnt – mit ähnlichen Beträgen – mehrfach als Überschrift getaucht.

Ex-Vizekanzler **Hannes Androsch**, der 2020 seine Funktion als Vorsitzender des Forschungsrats nach zehn Jahren zurücklegte und in diesem Zeitraum gebetsmühlenartig die Unterdotierung der Universitäten bemängelte, zog in der genannten Zeitung ein bitteres Resümee: Das Forschungsbudget sei für die meisten Politiker „uninteressant“. Ein Urteil, das der seinerzeitige Präsident der **uniko**, **Heinrich Schmidinger**, schon 2015 formuliert hatte: „Aufseiten der Bundesregierung spielen Wissenschaft und Hochschulen – abgesehen von Budgetdiskussionen – de facto nur eine nebeneordnete Rolle.“

Somit nichts Neues an der Universitätenfront nach 120 Monaten? Wer das Archiv bemüht, gewinnt eine differenzierte Einschätzung. Es war der seinerzeitige Rektor der TU Graz, **Hans Sünkel**, der im Juli 2011 das Engagement der Politik für die Universitäten nach anderthalb Jahren als uniko-Präsident so auf den Punkt brachte: „Vom Stillstand zur bedächtigen Anfahrtsdynamik.“ Unter Sünkels Ägide war es gelungen, im November 2010 beim „Universitätsgipfel“ der damaligen rotschwarzen Koalitionsspitze **Werner Faymann/ Josef Pröll** eine Studie zur Studienplatzfinanzierung abzurufen: der Beginn einer unendlich mühsamen Geschichte, die sich anfangs weder als „kapazitätsorientiert“ noch „auf die Studierenden bezogen“, sondern als „Etikettenschwindel“ (Heinrich Schmidinger) entpuppte.

Jahrelang als Zankapfel einer letztlich zerrütteten SPÖ/ÖVP-Regierung missbraucht, gelang es unter tatkräftiger Mitwirkung von uniko-Präsident **Oliver Vitouch** (2016/17) just der mittlerweile diskreditierten türkisblauen Koalition unter **Sebastian Kurz/Heinz-Christian Strache**, das Vorhaben 2018 als „Universitätsfinanzierung Neu“ zu beschließen. Als Langzeitprojekt wurde sie – jeweils in dreijährigen Budgetperioden von 2019 bis 2027 – auf die Reise geschickt. Allerdings: Die Umsetzung der zweiten Tranche 2022 bis 2024 wurde mittlerweile wegen Geldmangels wieder auf Eis gelegt.

Die bedächtige Dynamik schwebte in den Zehnerjahren wie das Motto der wechselnden Regierungen und ihrer Mitglieder über der Hochschulpolitik, je nachdem, wer im Wissen-

schaftsressort die Kommandobrücke am Wiener Minoritenplatz betrat. Wobei einer der wechselnden Minister dort selten anzutreffen war: **Reinhold Mitterlehner** wurde unter Vizekanzler und ÖVP-Obmann **Michael Spindelegger** zum Wirtschafts- noch das Wissenschaftsministerium zugeschlagen; ein „Sündenfall“, der im Dezember 2013 zu einem Aufschrei der uniko und zu schwarzen Fahnen an vereinzeltten Universitäten führte. Hintergrund war die eiskalte Demontage des bisherigen Ressortchefs, des vormaligen Rektors der Universität Innsbruck, **Karlheinz Töchterle**, durch die ÖVP.

Respekt für Minister Mitterlehner

Dennoch war Mitterlehner unter allen sechs Wissenschaftsministern und -ministerinnen seit 2011 der längstdienende mit knapp dreieinhalb Jahren Amtszeit – er trat im Mai 2017 als ÖVP-Obmann, Vizekanzler und Minister zurück, just zum Zeitpunkt, als das Projekt Studienplatzfinanzierung spruchreif geworden war. Der frühere Wirtschaftskammerer entwickelte den Ehrgeiz, die Anliegen der Universitäten zu seinen eigenen zu machen, was ihm den Respekt der uniko-Mitglieder sicherte.

Allerdings hatte es Mitterlehner 2014 nicht geschafft, ähnlich wie sein Vorgänger mit der „Töchterle-Milliarde“ ein zehnstelliges Budgetplus (2013 bis 2015) herauszuholen: Die zusätzlichen 615 Millionen Euro für die Leistungsvereinbarungsperiode 2016 bis 2018 liefen auf ein Sparprogramm hinaus. Unter dessen Nach-Nachfolger **Heinz Faßmann** wurde das Finanzvolumen der Universitäten für 2019 bis 2021 sowie 2022 bis 2024 jeweils mit rund 1,3 Milliarden Euro auf zuletzt 12,3 Milliarden aufgestockt. Was **uniko-Präsidentin Sabine Seidler** im Oktober 2020 den Kommentar entlockte: „Wir neigen in Österreich dazu, das Glas eher halb leer zu sehen. Ich denke, es ist halb voll.“

Die Sisyphusarbeit rund ums Budget und die halb gefüllten Gläser verdeckt, dass Österreichs Universitäten in den vergangenen zehn Jahren – die Autonomie nutzend – einen Modernisierungsschub erfahren haben, von einer Neuaufstellung des Fächerspektrums bis zur Aufrüstung der PR-Abteilungen. Auch die **Universitätenkonferenz** nahm einen Aufschwung: Schon der erste Generalsekretär **Heribert Wulz** hatte es sich zur Aufgabe gemacht, die öffentliche Präsenz der uniko kräftig zu steigern. Zudem holte er die Geschäftsstelle von einem Hinterhof in Wien-Alsergrund heraus in ein modernes Büro im 4. Bezirk, das seit Herbst 2010 ein Drehkreuz für Rektorate und die Community geworden ist – bevor Corona 2020 Videokonferenzen als Fixpunkte in der Floragasse etablierte.

Wulz' Nachfolgerin **Elisabeth Fiorioli** hat mit Amtsantritt im Juni 2012 die Agenda der uniko kontinuierlich erweitert: neues Corporate Design mit erneuertem Logo, neuer Webaufttritt, MORE-Initiative für Geflüchtete, Projekt Ö1-Hörsaal, „Universities for Enlightenment“, Wissenschaftsblog „Schrödingers Katze“ und zuletzt die Onlinekampagne „UNInteressant? Ideen aus den Universitäten, die unser Leben verbessern“ – eine Aufzählung ohne Anspruch auf Vollständigkeit.

Last but not least sei erwähnt, dass sich der Anteil der Rektorinnen in der Plenarversammlung sprunghaft erhöht hat: War 2010/11 **Sonja Hammerschmid** noch die einzige Frau in der Männerrunde, stieg in den folgenden Jahren die Quote weiblicher Mitglieder zeitweise auf knapp 40 Prozent. In der nunmehr 110-jährigen Geschichte der uniko (bis Ende 2007 Rektorenkonferenz) hat nach Hammerschmid (2016) und **Eva Blimlinger** (2018/19) mit Sabine Seidler die dritte Präsidentin die Funktion der *prima inter pares* inne. Mit der Damenwahl ist somit auch das Bohren harter Bretter in der Hochschulpolitik in weibliche Hände übergegangen – zumindest das ein unbestreitbarer Fortschritt des vergangenen Jahrzehnts. **mk**

DIGITALISIERUNG: VON DER STRATEGIE ZUR REALITÄT

uniko bündelte die Aktivitäten in neuem Forum Digitalisierung



Clemens Unterberger
Referent für Budget,
Infrastruktur und Digitales

Das nennt man Timing: Wenige Tage vor dem ersten Lockdown Mitte März 2020, als die Universitäten in den Fernbetrieb umsattelten, wurde in der **uniko** das **Forum Digitalisierung** gegründet. In vielen Unis hatte man die Digitalisierungsagenden schon geraume Zeit vorher in Form eines Vizerektorates gebündelt, ein erstes Vernetzungstreffen der damit befassten Vizerektorinnen und Vizektoren fand Ende 2019 statt.

„Die Digitalisierung verändert das Forschen, Lehren und Lernen und auch alle weiteren Leistungen im Kontext des Hochschul- und Forschungswesens“, erklärte Wissenschaftsminister Heinz Faßmann in einer Aussendung zur Förderung von Digitalisierungsprojekten Anfang 2020. Das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF) vereinbarte in den Leistungsvereinbarungen mit den Universitäten für die Periode 2019 bis 2021 die Vorlage einer Digitalisierungsstrategie. Diese sollte die Strategien und Policies aus verschiedenen Bereichen zusammenfassen: von offenen Lehrmaterialien, Digitalem Mentoring von Studierenden, Forschungsdaten-Management, bis hin zu Digitalisierung in der Verwaltung.

So wie die Digitalisierung eine umfassende Querschnittsmaterie ist, so sind auch die Kompetenzen und Erfahrungen der Vizerektorinnen und Vizektoren sowie der beauftragten Personen verschieden – Wissens- und Changemanagement, aber auch technisches und geisteswissenschaftliches Verständnis sind vertreten. Dementsprechend gestalten sich auch die Themen des **Forums Digitalisierung**: IT-Infrastruktur, -Architektur und -Sicherheit, Rolle der Präsenzuniversität im digitalen Zeitalter, Forschungsdatenmanagement & Open Data, Mobile Office, New Work, digitale Kollaboration, digitale Administration und Campus der Zukunft, nachhaltige Digitalisierung und gesellschaftliche Verantwortung, Gestaltung der digitalen Transformation in den Universitäten.

Mehr als das „E-Tüpfelchen“

Der Lockdown im Frühjahr 2020 war im Rückblick ein „Game Changer“: Digitalisierung war plötzlich nicht mehr das „e-Tüpfelchen“. Aus der Digitalisierungsstrategie wurde eine Digitalisierungsrealität. Massive Investitionen und Skalierungen mussten innerhalb kürzester Zeit auf Schiene gebracht werden, um einen fast vollständig virtuell aufgezogenen Betrieb aufrechterhalten zu können.

Die strategische Bedeutung dieses akuten und nicht ganz freiwilligen Schubes wird das **Forum Digitalisierung** in der nächsten Zeit im Auge behalten. Die Themen bleiben die gleichen. Vershoben haben sich die Perspektive, die Fristigkeit und die Abhängigkeiten, um die digitale Transformation der Universitäten nachhaltig zu gestalten.

EINE MILLIARDE PLUS, EIN UNGEDECKTER MEHRBEDARF UND CORONA-KOSTEN

Mitte Oktober stand fest: Die Universitäten erhalten für die Leistungsvereinbarungsperiode 2022 bis 2024 ein Budget von 12,3 Milliarden Euro – ein Plus von 1,2 bzw. 1,3 Milliarden Euro (so die Berechnung des Wissenschaftsressorts) gegenüber der laufenden Periode bis 2021. Womit der von der **uniko** 2019 erhobene Mehrbedarf von 2,1 Milliarden Euro nicht abgebildet wurde. Der Vorsitzende des **Forums Budget**, **Vizerektor Peter Riedler** (Universität Graz), ist dennoch zuversichtlich: „Es ist wichtig, sicherzustellen, dass es allen Universitäten möglich ist, ihre Investitionen nachhaltig abzusichern und in Zukunftsfelder zu investieren.“

In mehr als einem halben Dutzend Sitzungen wurden 2020 Szenarien für den gesetzlichen Stichtag am 31. Oktober (Fixierung des Universitätsbudgets ab 2022) diskutiert. Die Forumsmitglieder erörterten mit Vertretern des BMBWF in der Begleitgruppe Universitätsfinanzierung die Weiterentwicklung der Budgetindikatoren und die Verteilung auf die drei Säulen Lehre, Forschung/Entwicklung und Erschließung der Künste, Infrastruktur und strategische Entwicklung. Dazu kam die Herausforderung der Kostenabschätzung durch Corona-Maßnahmen, etwa Baueinstellungen und verzögerte Fertigstellungen von Projekten.

Nicht zuletzt beschäftigte sich das **Forum Budget** mit den vom BMBWF eingeforderten Budgetrückzahlungen für den Fall, dass in der laufenden Periode eine Steigerung von prüfungsaktiven Studien nicht gelingen sollte. Vorsitzender **Riedler** dazu: „Trotz unterschiedlicher Entwicklungen in Wissenschaftszweigen und an verschiedenen Standorten haben sich die Erwartungen, auch des BMBWF, hinsichtlich der Studierendenzahlen nicht erfüllt. Letztlich konnte aber ein Mechanismus gefunden werden, der auf Basis objektiver Kriterien einen fairen Ausgleich schafft.“ **mk**

HORIZONTE IN EUROPA UND AUSTRIA

Der erste coronabedingte Lockdown machte die Programmplanung des **Forums Forschung** in der EU-Hauptstadt mit einem Schlag zunichte. Am Tag vor der Abreise zur zweiten Exkursion der Forumsmitglieder nach Brüssel, anberaumt für 11./12. März, wurde das Besuchsprogramm in der Kommission und bei anderen Stakeholdern im Europäischen Forschungsraum abgesagt.

Dessen ungeachtet war die europäische Agenda, speziell die Einigung über die Dotierung des Forschungsrahmenprogramms *Horizon Europe* (2021–2027) mit mehr als 95 Milliarden Euro, ständiger Begleiter in den ab dem Frühjahr abgehaltenen Videokonferenzen des Forums. Der Vorsitzende des **Forums Forschung**, **Vizerektor Johannes Fröhlich** (TU Wien), verknüpft mit dem 9. Forschungsrahmenprogramm die Hoffnung, dass „die Universitäten sich den Herausforderungen des missionsorientierten *Horizon Europe* wiederum erfolgreich stellen werden“.

Auf nationaler Ebene war wohl der Beschluss der Strategie 2030 der Bundesregierung für Forschung, Technologie, Innovation (FTI) sowie der im Forschungsfinanzierungsgesetz vorgesehene FTI-Pakt richtungsweisend. Darin sind für die Forschungsförderagenturen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen insgesamt 3,86 Milliarden Euro für die Jahre 2021–2023 vorgesehen. Wobei der angekündigte Wegfall der Mittel aus der Nationalstiftung für Vorsitzenden **Fröhlich** kein gutes Omen bedeutet: Dies hätte letztlich einen Ausfall von Förderprogrammen zur Folge.

Das **Forum Forschung** entpuppte sich rund um den Jahreswechsel 2020/21 als Kaderschmiede: **Vizerektor Christof Gattringer** (Universität Graz) ging nach dem Ausscheiden von Klement Tockner im Auswahlverfahren als neuer Präsident des **Wissenschaftsfonds FWF** hervor. **mk**

HOCHSCHULRAUM VON MORGEN: GESTALTUNG IM SCHWEBEZUSTAND

Konsultation mit Stakeholdern zu Anforderungen
für Universitäten



Petra Wejwar
Referentin
Projekt Hochschulraum von
morgen

2020 mutet wie ein Neustart an. Schon in den Jahren davor liefen national und international mehrere Prozesse an, die sich mit dem Thema Zukunft beschäftigten („Zukunft Hochschule“ – Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung; „Universities without walls“ – European University Association). SARS-CoV-2 hat die Welt noch dazu in einen schwebenden Zustand bugsiiert: Die unmittelbare Zukunft ist ungewiss, sodass eine aktive Gestaltung der kommenden Dekaden umso wichtiger scheint.

Das langfristig angelegte Projekt *Hochschulraum von morgen* der uniko erreichte im Sommer 2020 einen ersten Meilenstein in Form einer Stakeholder-Konsultation über die künftigen Anforderungen an den Hochschulraum der Zukunft. Eine der zentralen Erkenntnisse ist, dass der Diskurs noch sehr offen geführt wird, viele Aspekte werden aus verschiedenen Blickwinkeln angedacht. Eine weitere, dass vor allem von wirtschaftlicher Seite sehr ausformulierte Vorstellungen auf dem Tisch liegen, die Kompetenzen und wissenschaftlichen Input für Wirtschaft und Arbeitsmarkt betreffen.

Zweifellos ist die „Produktion“ von gebildeten Ausgebildeten eine wichtige Kernaufgabe des Tertiärbereichs, die an den Bedarfen des Arbeitsmarktes und der Wirtschaft orientiert sein muss und auch nach einer gewissen Effizienz verlangt. Gerade an Universitäten muss aber das Hauptaugenmerk auf dem Attribut „gebildet“ liegen. Abseits von einschlägigem Fachwissen geht es um Kompetenzen, die Anpassung in sich schnell wandelnden Zeiten ermöglichen und im Kollektiv gedacht auch für die Resilienz der ganzen Gesellschaft sorgen.

Die Macht von Fake News mag ein wenig geschrumpft sein, doch die Gefahren von Verknappung, Informationskontrolle und Sensationsjagd für die Demokratie sind weiterhin hoch. Ein offenes Lehr- und Lernumfeld, das Neugierde fördert und mit Wissen und Erfahrung belohnt, ist eine mögliche Antwort. Eine Wissenschaftskultur, in der Forschende ihre Expertise gerne an die Öffentlichkeit tragen und eine Verwertung ihrer Ergebnisse vorantreiben, eine andere.

Im derzeit geführten Diskurs um Arbeitsmarkt, Qualifikation und Innovation ist die produzierende Funktion der Universität im Zentrum des Scheinwerferlichts. Strategien und Rahmenbedingungen mit Blick auf die Zukunft werden großteils in diesem Licht definiert und verhandelt. Aufgaben, die eine Universität wie keine andere Institution für die Gesellschaft übernimmt – kritische Masse, Demokratie, Geisteswissenschaft, Kunst und Kultur, Verständnis für Vergangenheit–Gegenwart–Zukunft, ein Blick fürs Ganze – werden außerhalb der eigenen Informationsblase wenig angesprochen. Im gesamtgesellschaftlichen Kontext sollten diese so wichtigen Beiträge der Universitäten wieder mehr beleuchtet werden.

RÜCKGANG DER MOBILITÄT RÜCKT VIRTUELLE OPTIONEN INS BLICKFELD

Die Folgen der Pandemie standen naturgemäß auch für die Mitglieder des **Forums Internationales** auf der Agenda. Eine Erhebung über den Stand der Mobilitätszahlen für Sommer- und Wintersemester belegte, dass einige Universitäten mit rückläufigen Zahlen von Studierenden aus dem Ausland konfrontiert waren, während andere eine Stagnation verzeichneten.

Die heimischen Universitäten ziehen bereits erste Konsequenzen: Als Ergebnis einer gemeinsamen Sitzung mit dem **Forum Lehre** wurde für 2021 die Option in den Raum gestellt, Mobilität künftig verstärkt virtuell und nicht mehr ausschließlich physisch zu ermöglichen. Auf anderer Ebene führte das Drängen des **Forums Internationales** unter **Vizekanzler Peter Moser** (Montanuniversität Leoben) – er wurde vom Präsidium in seiner Funktion bestätigt – zu einem Fortschritt: Die Anerkennung von „im Ausland erbrachten Prüfungsleistungen im Rahmen der Prüfungsaktivität“ werden laut Wissenschaftsministerium Eingang in die Überlegungen zur Weiterentwicklung der Universitätsfinanzierung Neu finden.

Mitte September drückten sechs **Rektorenkonferenzen**, darunter jene von Deutschland (HRK), Polen (CRASP) und Österreich (**uniko**) ihre Besorgnis über das Vorgehen der ungarischen Regierung aus, mit dem sämtliche Leitungsbefugnisse der Budapester Universität für Theater- und Filmkunst auf ein neues, direkt von der Regierung besetztes Kuratorium übertragen wurden. Die Rektorenkonferenzen appellierten an die ungarische Regierung, die volle Autonomie der Universität wiederherzustellen. mk

DIGITALE FORMATE UND STUDIENRECHT ALS KRÄFTIGER SCHUB FÜR UNIVERSITÄTEN

Das Spektrum an Themen war beinahe überbordend: Aufnahmeprüfungen unter Corona-Bedingungen, Digitales Lernen/Lehren und Prüfen, Studienrecht, Weiterentwicklung der hochschulischen Weiterbildung, Evaluierung der Studieneingangs- und Orientierungsphase (STEOP), Plagiate.

Für die **Vorsitzende** des **Forums Lehre**, **Vizekanzlerin Christa Schnabl** (Universität Wien), waren die Gespräche mit den Mitgliedern der Rektorate – ab dem Frühjahr nur noch in Videokonferenzen – ein Gewinn: „Die Bewältigung der Herausforderungen durch die COVID-19-Pandemie wurde durch den Austausch im Forum erleichtert. So wurde zum Beispiel das Prüfungswesen zum Großteil auf digitale Formate umgestellt.“ Speziell die Einbeziehung des **Forums Digitalisierung** in der zweiten Jahreshälfte habe sich als „sehr fruchtbar“ erwiesen.

Das **Forum Lehre** leistete zudem Vorarbeiten für die **uniko**-Stellungnahme zur Reform des Universitätsgesetzes (UG), speziell den studienrechtlichen Teil betreffend. In diesem kurz nach dem Jahreswechsel 2020/21 veröffentlichten **uniko**-Statement zur UG-Novelle wird auch im Hinblick auf die erstmals festgelegte Mindeststudienleistung die Bedeutung der wechselseitigen Verbindlichkeit im Studium betont.

Vorsitzende Schnabl zu der öffentlich heftig diskutierten Neuerung: „Mit einer Mindeststudienleistung in den ersten zwei Jahren kann, so hoffen wir, bereits zu Beginn des Studiums die Grundlage für ein erfolgreiches Studium gelegt werden. In Kombination mit den unterschiedlichsten Orientierungs- und Unterstützungsangeboten vor und während des Studiums fördert sie auch einen effizienten Studienabschluss.“ mk

IM EILVERFAHREN UMGESTELLT: VON DER PRÄSENZLEHRE ZUR DIGITALEN LEHRE

Über die Herausforderungen des geordneten
Universitätsbetriebs



Elisabeth Westphal
Referentin für Studium,
Lehre und Hochschulbildung
in Europa

Mit dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie in Österreich im März 2020 stellten die öffentlichen Universitäten sozusagen über Nacht von der Präsenz- auf die digitale Lehre und nachfolgend digitales Prüfen um. Die Herausforderungen waren zahlreich: So bauten die Universitäten unter anderem die technische Infrastruktur massiv aus, Lehr- und Lernplattformen wurden erweitert, Strategien für *distance learning* und *home learning* (weiter-)entwickelt sowie Unterstützungsangebote für Studierende und Lehrende zur Verfügung gestellt.

Insbesondere zu Beginn des Wintersemesters wurden hybride Formate praktiziert, bis es abermals zu nationalen Lockdowns kam. Trotz dieser für alle herausfordernden Umstände legten die Universitäten einen besonderen Fokus auf die Studienbeginnerinnen und -beginner. Weiters wurden in gewissen Bereichen mit unumgänglicher Vor-Ort-Lehre bzw. -Prüfungen – wie beispielsweise in Laboren, im künstlerischen oder medizinischen Bereich – die Settings auf die jeweiligen Rahmenbedingungen angepasst.

Hinsichtlich des Prüfens gab es ebenfalls erweiterte Angebote. So es möglich und sinnvoll war, wurden Prüfungen im Sinne der Studierenden auf Onlineformate, etwa *open book*, *take home exams*, Onlinetests, oder schriftliche Tests in unterschiedlichen Onlinesettings bzw. mündliche Prüfungen in kleineren Gruppen über Konferenz-schaltungen umgestellt. Empfehlungen und Richtlinien bezüglich digitaler Lehre und möglicher digitaler Prüfungsoptionen wurden erarbeitet sowie den Lehrenden und den Studierenden zugänglich gemacht. So gab es u. a. Moodle-Kurse mit *good practice* für Lehrende oder Austauschplattformen zu digitalen und didaktischen Werkzeugen.

Sicherheits- und Hygienevorschriften

Aufgrund der pandemischen Situation wurden für alle Bereiche Sicherheits- und Hygienevorschriften für Lehre, Prüfen, Forschen oder die Nutzung von Bibliotheken erarbeitet und im Laufe der Zeit immer wieder adaptiert. Diese Konzepte umfassen unter anderem auch Anmeldesysteme, Zu- und Abgänge sowie definierte Sitzplätze. Selbstredend sind die geltenden Hygiene- und Abstandsregelungen einzuhalten.

Die Hoffnung, dass sich die pandemische Situation innerhalb eines Jahres grundlegend verbessern würde, hat sich leider zerschlagen. Seriöse Prognosen, wie lange sich der derzeitige *Modus Operandi* noch fortsetzen wird, können nicht getroffen werden. Trotz alledem sind die Universitäten unter diesen nach wie vor herausfordernden Umständen sehr darauf bedacht, im Rahmen ihrer Möglichkeiten einen geordneten Lehr- und Prüfungsbetrieb sicherzustellen. Dass die Universitäten ihren Aufgaben nachkommen, kann auch an der gestiegenen Zahl der prüfungsaktiven Studien nachverfolgt werden.

KÜNSTLERISCHER BALANCEAKT ZWISCHEN SELBSTSTÄNDIGKEIT UND ANLEITUNG

Zur Partnerschaft von Lehrenden und Studierenden

Durch das Datum meines Amtsantritts mit 1. März 2020 könnte die Erwartung entstehen, mein Beitrag widme sich vordringlich der Pandemie. Deren Bekämpfung hat alle Rektorinnen und Rektoren vor große Herausforderungen gestellt, vor allem das ständige Abwägen zwischen solidarischem Handeln zur Verringerung der Infektionen und dem Ermöglichen von universitärem Leben in Präsenz. Dafür waren die Abstimmungen in der uniko im Plenum – wie auch unter den Kunstuniversitäten – essenziell.

Die dringende Beschäftigung mit der Pandemie hat dabei allerdings nur zu oft die wesentliche Aufgabe der strategischen Weiterentwicklung überlagert. Mir ist es ein wesentliches Anliegen, dass sich die Kunstuniversität Graz (KUG) in meiner Amtszeit in Richtung studierendenzentrierten Lernens, Lehrens und Prüfens entwickelt. Man könnte meinen, dass dies für Studien der Musik und der darstellenden Kunst durch den künstlerischen Einzelunterricht und den Unterricht in kleinen Gruppen ohnedies selbstverständlich sei. Bereits 2015 präzisierten die „European Standards and Guidelines“ jedoch Studierendenzentrierung damit, dass die Studierenden eine aktive Rolle in der Gestaltung des Lernprozesses übernehmen. Dieser Anspruch ist vollkommen unabhängig von der Gruppengröße; er benötigt eine Geisteshaltung von Lehrenden und Studierenden, die ständig nach der richtigen Balance zwischen Förderung der Selbstständigkeit und unterstützender Anleitung sucht.

Die für Universitäten zuständigen Ministerinnen und Minister des Europäischen Hochschulraums (EHEA) haben im November 2020 im *Rome Communiqué* Studierendenzentrierung in den Zusammenhang von flexiblen und offenen Lernwegen gestellt. Zweifelsfrei sind curriculare Strukturen wesentlich für das Ermöglichen von Studierendenzentrierung. Noch wichtiger erscheint mir aber eine Besinnung auf das Humboldtsche Bildungsideal der Einheit von Forschung (an den Kunstuniversitäten vor allem Entwicklung und Erschließung der Künste) und Lehre. Wenn der Unterricht im „Zentralen Künstlerischen Fach“ den Anspruch einlöst, dass Lehrende und Studierende Partnerinnen und Partner im gemeinsamen Erkenntnisprozess werden, können Studierende ihren Lernprozess mitgestalten.

Diese Selbstständigkeit brauchen heute die Absolventinnen und Absolventen künstlerischer Studien mehr denn je. Künstlerische Exzellenz ist die Grundlage, aber nicht genug, um den Lebensunterhalt als Künstlerin und Künstler zu verdienen. Dazu bedarf es zusätzlich Neugier, Erfindungsgeist, Mut, Flexibilität und Widerstandsfähigkeit. All das kann nicht gelernt, nicht gelehrt, sondern muss entwickelt werden. Die Kunstuniversität Graz will dafür die richtige Umgebung schaffen. Dass wir unseren Studierenden das auch zutrauen können, hat die Pandemie vielfältig gezeigt.



Georg Schulz
Rektor der Universität für
Musik und darstellende Kunst
Graz

**Künstlerische Exzellenz
ist die Grundlage,
aber nicht genug, um
den Lebensunterhalt zu
verdienen.**

GALERIE DER IDEEN, DIE UNSER LEBEN VERBESSERN

Onlinekampagne zeigt konkreten Nutzen aus Wissenschaft und Forschung



Martin Mühl
Geschäftsführer der
Monopol Medien GmbH

Was bringt uns dazu, umweltverträglichere Verkehrsmittel zu nutzen? Was kann man tun, um kranken Kindern und Patientinnen und Patienten den Alltag zu erleichtern? Kann aus CO₂ Alkohol hergestellt werden? Wie gleichberechtigt geht es in Österreichs Haushalten zu? Was können heimische Fußballclubs bei der Finanzierung von internationalen Vorbildern lernen?

Seit Mai 2020 zeigt die von der uniko ins Leben gerufene Kampagne „UNInteressant?“, wie die Forschung an Österreichs Universitäten zur Verbesserung unseres Alltags beiträgt. Wie Wissenschaft entscheidend hilft, unsere großen und kleinen Herausforderungen zu lösen. An die 200 Beiträge von 22 Universitäten und dem Wissenschaftsfonds FWF sind von Ende Mai 2020 bis Ende Februar 2021 zusammengekommen. Diese beschäftigen sich nicht nur mit Medizin, Gesundheit und Umweltschutz, sondern auch mit Wirtschaft, Kunst und Sport und unserem Zusammenleben in der Gesellschaft.

Während der Planung der Kampagne war von Corona und den Folgen noch keine Rede. Selbstverständlich sind aber auch das Virus, die Forschung nach Mitteln für seine Bekämpfung und seine Auswirkung auf unser Leben – das „Leben mit der Pandemie“, wie unser aktuelles Themenspecial heißt – Teil von „UNInteressant?“. Mit der Kampagnenwebsite, auf Facebook und in Werbekooperationen wurden mit den Beiträgen bisher viele Tausend Menschen erreicht.

Ich gratuliere der uniko zu dieser spannenden Initiative und wünsche viel Erfolg.

Doris Schmidauer,
Unternehmensberaterin (First Lady)



Wie wichtig Forschung ist, zeigt sich tagtäglich in unserem Leben: Ich als Journalist, der im Gartenbau tätig ist, erlebe das seit Jahrzehnten.

Karl Ploberger,
TV-Moderator, Buchautor und Gartenreiseleiter



Mit diesem Anliegen, die positiven Effekte von Wissenschaft und Forschung zugänglich und leicht verständlich zu machen, ja, vielleicht sogar ein wenig für sie zu begeistern, konnten wir auch einige bekannte Persönlichkeiten motivieren, als Botschafterinnen und Botschafter von „UNInteressant?“ aufzutreten, darunter die Schriftstellerin Maja Haderlap, die Unternehmensberaterin und First Lady Doris Schmidauer, den Künstlerischen Direktor des Bruckner Orchesters Linz, Norbert Trawöger, oder den Kabarettisten Markus Koschuh. Unterstützt wird die Kampagne außerdem von Medien und Institutionen wie ÖMV, Städtebund, Lange Nacht der Forschung, Wiener Städtische, ÖBB, Infoscreen, AMS Wien und dem Museumsbund Österreich.

2021 läuft die Kampagne weiter, mit Specials werden neue Schwerpunkte gesetzt und mit neuen Kooperationen mehr Österreicherinnen und Österreicher für Wissenschaft und Forschung angesprochen – und zwar ganz unverblümt: „Schau dir an, was an österreichischen Universitäten geforscht wird und was das mit deinem Alltag zu tun hat.“



Eine Universität ist kein Zulieferbetrieb, sondern im besten Sinne eine geistige Inspirationsquelle, unverzichtbar in Zeiten großer Umbrüche.

Maja Haderlap, Schriftstellerin

Universitäten, in meinem Fall die Kunstuniversität Linz, sind Orte, die genügend Freiraum zur persönlichen Entwicklung lassen.

Marcus Füreder alias Parov Stelar,
Musiker und Maler



NEUREGELUNG DER BEFRISTUNG ALS TAUGLICHER KOMPROMISS

Verbesserung des Arbeitsrechts zum Vorteil künftiger Generationen



Michael Lang
Vorsitzender des Forums Personal und des Dachverbandes der Universitäten

Für wen ist das Jahr 2020 so verlaufen wie geplant? Auch für die Personalverantwortlichen in den Rektoraten der Universitäten natürlich nicht. Sie haben schnell umdisponiert und die Schlagzahl ihrer – natürlich nur mehr virtuellen – Treffen umgehend erhöht: Im **Forum Personal** und im **Dachverband der Universitäten** fand ein regelmäßiger Austausch zu den Maßnahmen statt, die in Hinblick auf Homeoffice, Präsenz am Campus und Hygiene- und Sicherheitsmaßnahmen an den verschiedenen Universitäten laufend gesetzt wurden.

Wir in den Rektoraten konnten voneinander lernen und dabei nach bestem Gewissen die Entscheidungen treffen, aufgrund derer sichergestellt war, dass die österreichischen Universitäten ihre Aufgaben erfüllen und gleichzeitig die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geschützt sind.

Parallel dazu wurde die Neuregelung des universitären Arbeitsrechts vorbereitet. Aufgrund einer EuGH-Entscheidung gab es Handlungsbedarf. Die lange geübte Praxis, befristete Arbeitsverhältnisse nach Unterbrechungen neu zu beginnen, wurde zunehmend von allen Seiten als unbefriedigend empfunden. Daher führte der Dachverband viele Gespräche mit der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) und dem Wissenschaftsministerium, um auszuloten, wie eine sinnvolle Neuregelung aussehen könnte.

Die auf den Weg gebrachte Lösung ist naturgemäß nicht ideal, sondern ein nach langem Ringen erzielter Kompromiss. Sie ermöglicht Befristungen für Arbeitsverhältnisse von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Drittmittel- und Forschungsprojekten sowie von ausschließlich in der Lehre verwendetem Personal. Sie sieht darüber hinaus auch sonst Befristungen im wissenschaftlichen und künstlerischen Personal vor.

Dies ist wichtig, um zu verhindern, dass Arbeitsverhältnisse nur unbefristet vereinbart werden können: Wenn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter derselben Alterskohorte zur selben Zeit in einem Fach Dauerstellen besetzen, wird künftigen Generationen der Zugang zum Wissenschaftsbetrieb versperrt. Keine Generation darf auf Kosten der nächsten leben. Eine nachhaltige, der Generationengerechtigkeit verpflichtete Personalpolitik muss dies im Blick haben. Der neue § 109 Universitätsgesetz schafft die Rahmenbedingungen dafür, die die Universitäten nun zu nutzen haben.

Natürlich war auch 2020 der „Alltag“ zu bewältigen. Dazu gehören die jährlichen Kollektivvertragsverhandlungen. Auf kurzem Wege wurde mit der GÖD eine gute Lösung gefunden und wurden den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Universitäten, für die 2020 wahrlich kein einfaches Jahr war, Gehaltssteigerungen entlang des Bundesabschlusses ermöglicht. Der schwierigen Finanzsituation mancher Universitäten wurde dadurch Rechnung getragen, dass diese Erhöhungen erst mit 1. Feber 2021 wirksam wurden.



1 FREUDE IM SAAL | Zum Jubiläum 50 Jahre Universität Klagenfurt feiert am 21. Jänner die Prominenz aus Bund und Land mit den Angehörigen der Alma Mater. Von links nach rechts: Rektor Oliver Vitouch, Bundesministerin a. D. Iris Rauskala, Landeshauptmann Peter Kaiser.

2 RUHM IM HAUS | Dem britischen Molekularbiologen und Chemienobelpreisträger Sir Gregory Paul Winter (im Bild rechts) wird am 22. Jänner aufgrund seiner langen wissenschaftlichen und persönlichen Beziehung zur BOKU von Rektor Hubert Hasenauer das Ehrendoktorat der Universität für Bodenkultur Wien verliehen.

3 VIRUS IM GRIFF | Im Innovationslabor der TU Graz: Ministerin Margarete Schramböck, Rektor Harald Kainz (links im Bild) und Institutsleiter Christian Ramsauer testen am 15. Mai die 3D-gedruckten Gesichtsschilde, die erstmals vom Institut für Innovation und Industrie Management am Beginn der Pandemie erzeugt wurden.

4 TITAN IM BLICK | Rektor Johan F. Hartle überprüft am 8. Mai auf der Baustelle in der Akademie der bildenden Künste Wien das Deckenfresko mit „Prometheus als Herdgründer“ von Christian Griepenkerl (1839–1916).



5 WOLF IN SICHT | Zu Besuch im Wolfsforschungszentrum der Vetmeduni Vienna in Ernstbrunn, Niederösterreich, am 22. Juli: Chitto (Bild Mitte) inspiziert die Eindringlinge in seinem Revier. Von links nach rechts: Rektorin Petra Winter, Landesrätin Christiane Teschl-Hofmeister und Wissenschaftsminister Heinz Faßmann.



6 SCHRITTE INS LICHT | Fünf Stimmen für „die lange Nacht der Utopie“ am Bibliotheksplatz der Universität Linz am 30. Juli. Von links: Kepler-Salon-Intendant Norbert Trawöger, Schriftstellerin Valerie Fritsch, Historiker und Autor Philipp Blom, Burgschauspieler Dörte Lyssewski und JKU-Rektor Meinhard Lukas.

7 SPRITZE IM ARM | Österreich-Premiere: Eine 84-jährige Niederösterreicherin wird am 27. Dezember als erste Patientin von Ursula Wiedermann-Schmidt, Leiterin des Zentrums für Pathophysiologie, Infektiologie und Immunologie der MedUni Wien, persönlich gegen das Coronavirus geimpft.





1 ERSTER AUFTRITT | Für die neugewählte Präsidentin der uniko, Sabine Seidler, ist der Neujahrsempfang am 14. Jänner im ERSTE Campus in Wien Favoriten eine Premiere als Vorsitzende, für den zu Jahresbeginn wiederbestellten Wissenschaftsminister Heinz Faßmann ist es nach 2018 und 2019 bereits der dritte Termin mit einer uniko-Neujahrsbotschaft.

2 ERSTE REIHE FUSSFREI | Ehrengäste und uniko-Mitglieder warten am 14. Jänner in der Grand Hall auf den Beginn der Neujahransprachen. Von links: Anton Zeilinger, Präsident der Akademie der Wissenschaften, die Rektorinnen Edeltraud Hanappi-Egger (WU Wien), Ulrike Sych (mdw) sowie die Rektoren Hellmut Samonigg (MedUni Graz), Wolfgang Fleischhacker (MedUni Innsbruck) und Heinz Engl (Uni Wien).

3 AUS ERSTER HAND | Informationen und O-Töne für die Mitglieder des Klubs der Bildungs- und WissenschaftsjournalistInnen von uniko-Präsidentin Sabine Seidler und Bundesminister Heinz Faßmann (links im Bild) am 2. März im Presseclub Concordia. Im Bild rechts außen Klubvorsitzende Eva Stanzl (WIENER ZEITUNG), links vorne Andreas Kuthan (APA).

4 ERSTENS, ZWEITENS, DRITTENS | Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz zählen uniko-Präsidentin Sabine Seidler, Rektor Heinz Engl (rechts) und Prof. Andreas Stohl (Uni Wien) am 15. September im Wiener Café Landtmann die Gründe für den Mehrbedarf in der nächsten Budgetperiode auf.

5 ERSTAUSKUNFT | Fünf Mitglieder des uniko-Präsidiums zeigen sich bei der Pressekonferenz am 15. Oktober im APA-Pressezentrum – am Tag nach der Budgetrede des Finanzministers, zwei Wochen vor dem Budgetstichtag – sichtbar entspannt. Im Bild von links: Ulrike Sych, Vizepräsident Oliver Vitouch, Präsidentin Sabine Seidler, Heinz Engl und Hellmut Samonigg.

MAGNA MATER PANDEMIA



Michael Pammesberger
Karikaturist, KURIER

DIE KRISE ALS CHANCE FÜR DIE WISSENSCHAFTSKOMMUNIKATION

Kein Schaden ohne Nutzen als Parole für universitäre PR



Uwe Steger
Leiter des Büros für Öffentlichkeitsarbeit an der Universität Innsbruck, Präsident des Vereins Uni.PR

Kein Jahresrückblick kann heuer wohl auf das Thema Corona verzichten. Und ja, auch die Universitäten hat diese Pandemie kalt erwischt und bis heute im Griff. Ein Jahr Semesterferienstimmung mit leeren Gängen und Hörsälen wird zunehmend zur Qual, denn uns allen fehlt der direkte Diskurs, das persönliche Gespräch, das rege Treiben, die Studierenden, die Veranstaltungen, die Ausstellungen – kurz das akademische Leben. Ja, die deutsche Kanzlerin Angela Merkel hat recht: „Diese Pandemie ist eine demokratische Zumutung!“

Nach ersten Unsicherheiten haben die heimischen Universitäten diese Situation bisher gut gemeistert und die Krise auch als Chance begriffen. Sie haben nun ein Jahr lang Erfahrungen gewonnen, wie hybride Lehre funktionieren kann und wie sie sich in diesem Mix aus präsenter und digitaler Lehre und Forschung erfolgreich bewegen können. Das wäre ohne Not niemals so schnell gelungen.

Eine erste Bilanz hier an der Universität Innsbruck zeigt, dass die Zahl der erfolgreich abgelegten Prüfungen gestiegen ist, mehr Anträge für den Wissenschaftsfonds FWF geschrieben wurden und mehr neue Studierende gekommen sind. Umfragen der ÖH ist zu entnehmen, dass die digitale Lehre relativ gut funktioniert. Daraus lassen sich Perspektiven entwickeln, etwa mit digitalen Angeboten die Raumsituation entlasten und die gewonnenen Ressourcen dort einsetzen, wo das persönliche Gespräch, der akademische Diskurs nicht ersetzbar ist. Auch internationale Lehrangebote können so jenen zugänglich gemacht werden, die aus vielerlei Gründen nicht ins Ausland gehen können. Kein Schaden also ohne Nutzen!

Ebenfalls genützt hat diese Krise der Kommunikation von Wissenschaft. Kaum ein Tag, an dem nicht Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler medial zu Wort kommen. Noch wichtiger aber ist, dass die Pandemie das Wesen des wissenschaftlichen Arbeitens verdeutlicht hat: Wissenschaft ist ein Prozess, ein Formulieren von Thesen und deren Analyse. Jede Erkenntnis ist dabei ein Erfolg und hilft, der „Wahrheit“ auf die Spur zu kommen.

Dieses Rampenlicht hat auch seine Schattenseiten: Schnell wird man Ziel persönlicher Angriffe bis hin zu Drohungen, obwohl Wissenschaft keine Politik macht, sondern „nur“ die Basis für Entscheidungen liefert. Wissenschaftskommunikation braucht daher hohe Seriosität, sagen, was Sache ist, ohne Übertreibung, faktenbasiert. Wir für diese Kommunikation Zuständigen müssen „unsere“ Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler noch besser auf diese Situation vorbereiten und sie dabei unterstützen. Und doch warten wir schon ungeduldig darauf, dass Universität wieder ein Ort wird, an dem unterschiedliche Menschen mit ihren vielfältigen Ideen aufeinandertreffen und diese kontrovers diskutieren.

Semesterferienstimmung mit leeren Gängen und Hörsälen wird zunehmend zur Qual.

VOM HELLEN UND VOM GRELLEN LICHT: MEDIALE AUFREGER AUS 16 JAHREN

Aufmerksamkeit für uniko und Universitäten als dauerhafte Mission

Wenn von allen schon alles zu Corona gesagt wurde, nur nicht vom Pressereferenten der uniko, dann ist das a) unerhört? b) wenig professionell? c) wohltuend? – Möglicherweise würde eine Mehrheit der Befragten für c) stimmen. Wie auch immer: Trotz Kometeneinschlags 2020 mit globalen Erschütterungen drängt es den Schreiber dieser Zeilen nach mehr als 16 Jahren Öffentlichkeitsarbeit für die Rektoren-, seit 2008 Universitätenkonferenz (uniko), zum Abschied den Blick zurückzurichten: auf eine mit der Autonomie 2004 in Gang gesetzte Dynamik, die eine *One-Man-Band* im Newsroom begleiten und mitgestalten durfte.

Von den vielen herausragenden Ereignissen ab Dienstantritt im Oktober 2004 sei hier nur eine kleine Auswahl genannt: der Tabubruch in der heimischen Hochschulpolitik durch das EuGH-Urteil vom Juli 2005, das die Regelung über den Zugang zu Österreichs Universitäten als „gemeinschaftsrechtswidrig“ erkannte; daran anschließend – zur Abwehr deutscher „Numerus-Clausus-Flüchtlinge“ – die erstmalige Einführung von Aufnahmeverfahren für eine Reihe von Fächern, allen voran Medizin. Die damalige Rektorenkonferenz war mit Übernahme des Präsidentenamtes durch WU-Rektor Christoph Badelt im April 2005 Garant für Aufmacher in allen Gazetten und bescherte dem „Rektorenchef“ im selben Jahr eine TV-Presserstunde im ORF.

Ein weiterer medialer Höhepunkt wurde Anfang Oktober 2010 entfacht: Neun Rektoren hatten sich in Wien, Graz und Salzburg – jeweils als Triumvirat – in drei gleichzeitig angesetzten Pressekonferenzen angesammelt, wegen anhaltenden hochschulpolitischen Stillstands der rotschwarzen Regierung einen „Denkzettel“ zu verpassen. Das Echo war ein Allzeitrekord: Fünf Tageszeitungen bastelten aus den Inhalten teils martialische Aufmacher (KURIER: *Revolte der Rektoren*), die restlichen füllten die Seiten im Blattinneren.

Fusion des Wissenschaftsressorts

Die Idee eines glücklosen großkoalitionären ÖVP-Obmanns, Wirtschafts- und Wissenschaftsministerium zu fusionieren, führte Ende 2013 zu einer beispiellosen Empörung. Die Pressekonferenz des damaligen uniko-Präsidenten Heinrich Schmidinger hatte einen beängstigenden Auflauf von TV-Kamerateams, Fotografen und journalistisch Tätigen zur Folge.

Was sonst noch bleibt, außer der trockenen Statistik, bestehend aus 602 APA-Meldungen mit uniko-Erwähnung (2011–2020), 339 Aussendungen im Originaltext-Service (OTS), 138 Newsletter, 96 Pressekonferenzen unter der Flagge der Rektorenkonferenz/uniko (jeweils von Herbst 2004 bis Ende 2020), ist ein zutiefst befriedigendes persönliches Resümee: Es hat sich Woche für Woche gelohnt, die uniko, drei Präsidentinnen und fünf Präsidenten, und damit auch die Universitäten in ein helles, bisweilen grelles Licht zu stellen. Eine Mission, die auch in den Zwanzigerjahren jede Mühe wert ist.



Manfred Kadi
Pressereferent

PRÄSIDENTIN

Sabine Seidler
Technische Universität Wien

PRÄSIDIUM

Oliver Vitouch
Vizepräsident
Universität Klagenfurt

Heinz W. Engl
Universität Wien

Edeltraud Hanappi-Egger
Wirtschaftsuniversität Wien

PLENARVERSAMMLUNG

Universität Wien
Rektor Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Heinz W. Engl

Medizinische Universität Wien
Rektor Univ.-Prof. Dr. Markus Müller

Universität Graz
Rektor Univ.-Prof. Mag. Dr. Martin Polaschek

Medizinische Universität Graz
Rektor Univ.-Prof. Dr. Hellmut Samonigg

Universität Innsbruck
Rektor Univ.-Prof. Dr. Tilmann Märk

Medizinische Universität Innsbruck
Rektor Univ.-Prof. Dr. W. Wolfgang Fleischhacker

Universität Salzburg
Rektor Univ.-Prof. Dr. Hendrik Lehnert

Technische Universität Wien
Rektorin Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr.ⁱⁿ Sabine Seidler

Technische Universität Graz
Rektor Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Harald Kainz

Montanuniversität Leoben
Rektor Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Wilfried Eichlseder

Universität für Bodenkultur Wien
Rektor Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Hubert Hasenauer

Veterinärmedizinische Universität Wien
Rektorin Ao. Univ.-Prof. Dr.ⁱⁿ Petra Winter

Tilmann Märk
Universität Innsbruck

Hellmut Samonigg
Medizinische Universität Graz

Ulrike Sych
Universität für Musik und darstellende Kunst Wien

Wirtschaftsuniversität Wien
Rektorin Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr.ⁱⁿ Edeltraud Hanappi-Egger

Universität Linz
Rektor Univ.-Prof. Mag. Dr. Meinhard Lukas

Universität Klagenfurt
Rektor Univ.-Prof. Dr. Oliver Vitouch

Akademie der bildenden Künste Wien
Rektor Mag. Dr. Johan Frederik Hartle

Universität für angewandte Kunst Wien
Rektor Dr. Gerald Bast

Universität für Musik und darstellende Kunst Wien
Rektorin Mag.^a art. Ulrike Sych

Universität Mozarteum Salzburg
Rektorin Univ.-Prof. Elisabeth Gutjahr

Universität für Musik und darstellende Kunst Graz
geschäftsführender Vizerektor Univ.-Prof. Mag. art. Eike Straub
ab 1. März: Rektor Ao. Univ.-Prof. MMag. Dr. Georg Schulz, MSc

Universität für künstlerische und industrielle Gestaltung Linz
Rektorin Mag.^a Brigitte Hütter, MSc

Donau-Universität Krems – Universität für Weiterbildung
Rektor Mag. Friedrich Faulhammer

FOREN

Foren sind Plattformen zur Kommunikation und Koordination zwischen den Mitgliedern der Rektorate in sechs Fachbereichen:

BUDGET UND RESSOURCEN

VORSITZ:
Vizerektor Mag. Dr. Peter Riedler
Universität Graz

SUBARBEITSGRUPPEN:
Universitätsfinanzierung
Steuerradar

Arbeitsplattform IUF – Infrastruktur und Facility Management
VORSITZ:
Vizektorin Univ.-Prof. Dr.ⁱⁿ Regina Hitzenberger
Universität Wien

DIGITALES

VORSITZ:
Vizektorin Claudia von der Linden,
Dipl. Wirtschaftsing. (FH)
Technische Universität Graz

FORSCHUNG UND ERSCHLIESSUNG DER KÜNSTE

VORSITZ:
Vizerektor Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Johannes Fröhlich
Technische Universität Wien

LEHRE

VORSITZ:
Vizektorin Univ.-Prof. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Christa Schnabl
Universität Wien

SUBARBEITSGRUPPEN:
Studienrecht
Studierbarkeit
Weiterbildung
Nationaler Qualifikationsrahmen (NQR)

Task Force Lehramt

INTERNATIONALES

VORSITZ:
Vizerektor Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Peter Moser
Montanuniversität Leoben

SUBARBEITSGRUPPE:
Forum Fremdenrecht

PERSONAL

VORSITZ:
Vizerektor Ass.-Prof. Mag. Dr. Wolfgang Meixner
Universität Innsbruck
Ab März: Univ.-Prof. Dr. Michael Lang
Wirtschaftsuniversität Wien

Task Force Gender & Diversity
VORSITZ:
Ab Jänner: Vizektorin Mag.^a Anna Steiger
Technische Universität Wien

AG MORE Koordinationsgruppe
VORSITZ:
Generalsekretärin Mag.^a Elisabeth Fiorioli
Österreichische Universitätenkonferenz

DACHVERBAND DER UNIVERSITÄTEN

Die Österreichische Universitätenkonferenz betreut administrativ den Dachverband der Universitäten. Dieser ist auf Arbeitgeberseite kollektivvertragsfähig.

VORSITZ:
Vizerektor Ass.-Prof. Mag. Dr. Wolfgang Meixner
Universität Innsbruck
Ab März: Univ.-Prof. Dr. Michael Lang (geschäftsführender Vorsitzender)
Wirtschaftsuniversität Wien

uniko-VERANSTALTUNGEN mit Partnern bzw. unter alleiniger Verantwortung

13./14. Jänner:	Universities for Enlightenment, Workshop; Hotel Regina, Wien
14. Jänner:	Neujahrsempfang; ERSTE Campus, Grand Hall, Wien
Juni bis August:	Hochschulraum von morgen; virtuell
September bis Dezember:	Teaching and Learning; virtuell – in Kooperation mit der TU Graz (23.9.), Universität Innsbruck (13.11.), Universität Klagenfurt (3.12.), finanziert von EU-Kommission und BMBWF
24. September:	Trilaterales Treffen der Rektorenkonferenzen D-A-CH; virtuell
25. November:	Tagung „Geschlechtervielfalt an Universitäten“ – in Kooperation mit der Universität für Musik und darstellende Kunst Wien (mdw); virtuell

TERMINE DER
PLENARVERSAMMLUNGEN

- 78. ordentliche Plenarversammlung
am 9. März 2020
Universität Salzburg
- 79. ordentliche Plenarversammlung
am 4. Mai 2020
uniko-Generalsekretariat, Wien/virtuell
- 80. ordentliche Plenarversammlung
am 29. Juni 2020
uniko-Generalsekretariat, Wien/virtuell
- 81. ordentliche Plenarversammlung
am 12. Oktober 2020
Medizinische Universität Wien
- 82. ordentliche Plenarversammlung
am 14. Dezember 2020
Donau-Universität Krems und virtuell

AKTIVITÄTEN DER uniko
IN ZAHLEN

Plenarversammlungen	5
Präsidiumssitzungen	8
Von der uniko (mit)organisierte Veranstaltungen	8
Vertretungen in (inter)nationalen Gremien (durch Generalsekretariat)	19
Pressekonferenzen/Pressegespräche	6
Presseausendungen	22
Newsletter	8
Stellungnahmen und Positionen	10
Publikationen	1

VEREIN ZUR FÖRDERUNG DER UNIVERSITÄTENKONFERENZ

VORSTAND:
Präsident
Generalanwalt Dr. Walter Rothensteiner
Ab September: Univ.-Prof. Dr. Heinrich Schmidinger
Stellvertreterin des Präsidenten
Rektorin Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. ⁱⁿ Sabine Seidler

Schriftführer
Univ.-Prof. Dr. Manfred Welan
Kassier
Dr. Gerhard Riemer



Elisabeth Fiorioli
Mag.^a
Generalsekretärin



Doris Schöberl
Mag.^a
Stv. Generalsekretärin
Rechtsfragen, Dachverband



Petra Hennrich, BA
ab August:
Organisation, Assistenz
der Geschäftsführung



Manfred Kadi
Öffentlichkeitsarbeit



Gerda Priessnitz
Organisation



Felix Schröpfer, MA
Mag.
Forschung
Vertretung



Clemens Unterberger, MSc
Mag.
Budget, Infrastruktur und
Digitalisierung



Petra Wejwar
Mag.^a
Projekt Hochschulraum
von morgen



Elisabeth Westphal
Mag.^a Dr.ⁱⁿ
Studium, Lehre,
Hochschulbildung in Europa



Stephanie Zwißler, MA
Internationales



Sylwia Krul
Sekretariat

Unser Land
braucht Menschen,
die an sich glauben.

Und eine Bank,
die an sie glaubt.

IMPRESSUM

Herausgeber und Medieninhaber: Österreichische Universitätenkonferenz

Generalsekretariat, Floragasse 7/7, 1040 Wien

Tel.: +43 1 310 56 56-0, Fax: +43 1 310 56 56-22, E-Mail: office@uniko.ac.at

Homepage: www.uniko.ac.at

Redaktion: Manfred Kadi, Generalsekretariat

Gestaltung: www.goldmaedchen.at

Fotonachweise: Raimund Appel; ViennaShots; BMBWF/Martin Lusser; CEU/Daniel Vogel;

MedUni Wien; APA/Georg Hochmuth; Universität Salzburg/Kolarik; MedUni Graz;

MedUni Wien/Matern; MedUni Innsbruck/Florian Lechner; Josephinum Kawka; AAU/Daniel Waschnig;

Skokanitsch; Werner Buhre; Franz Pflügl; KUG/Alexander Wenzel; Christoph Adamek;

Jan Kohlrusch; Wolfgang Zajc; Christoph Böhler; Arnold Pöschl; WU Wien; BOKU/Christoph Gruber;

TU Graz/Lunghammer; eSeL/Lorenz Seidler; Vetmeduni Vienna/Ernst Hammerschmid; JKU;

APA/Hans Punz; APA/Katharina F.-Roßboth; Matthias Heisler; APA/Heinz Stephan Tesarek;

Universität Innsbruck.

Druck: Medienfabrik Graz GmbH